

Kurz-Expertise

Kommunale Beteiligung von
Zugewanderten in ländlichen Räumen
**Mitmachen, Mitgestalten,
Mitbestimmen?!**

Zusammenfassung

Die Beteiligung aller Einwohner:innen an kommunalen Entscheidungsprozessen ist für ein demokratisches Gemeinwesen zentral. Sie ermöglicht es den Menschen, ihre Belange an Entscheidungsträger:innen zu kommunizieren und auf bedarfsgerechte Lösungen hinzuwirken. Gleichzeitig kann Beteiligung die Akzeptanz und Legitimität öffentlicher Maßnahmen steigern.

Menschen mit Migrationsgeschichte sind jedoch an kommunalen Entscheidungsprozessen weniger beteiligt als nicht zugewanderte Menschen. Einerseits stehen rechtliche Hürden wie ein fehlendes Wahlrecht für Ausländer:innen einer politischen Beteiligung entgegen. Andererseits bestehen offenbar weitere Hürden, die dazu führen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte auch in informellen und alternativen Beteiligungsformaten unterrepräsentiert sind.

Die vorliegende Kurz-Expertise gibt einen Einblick in die Beteiligungsformen für und von Menschen mit Migrationsgeschichte in ausgewählten ländlichen Räumen und diskutiert deren Potenziale und Herausforderungen. Sie fokussiert dabei auf solche Formen, die von der Kommunalverwaltung initiiert, unter ihrer Beteiligung umgesetzt werden oder einen Kontakt mit der Verwaltung herstellen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass die klassische Integrationsarbeit in ländlichen Räumen bereits viele Maßnahmen umsetzt, die die soziale Teilhabe und das „Mitmachen“ von Zugewanderten fördern. Diese können eine Grundlage für den Ausbau des „Mitgestaltens“ im Rahmen lokaler Netzwerke und des „Mitbestimmens“ im Sinne politischer Partizipation darstellen. Gleichzeitig aber zeigen sich Herausforderungen, wie z. B. eine geringe Institutionalisierung von Beteiligung, ein fehlender Zugang zu manchen Menschen mit Migrationsgeschichte sowie kulturalisierende Zuschreibungen.

Auf Basis dieser Erkenntnisse werden Handlungsempfehlungen entwickelt. Dazu gehört es, formalisierte Gremien zu schaffen und diese in vorhandene Strukturen einzubetten. Informelle Zusammenschlüsse und Netzwerke müssen inklusiv gestaltet sein und tatsächliche Wirkungen entfalten können, indem sie z. B. Entscheidungsträger:innen einbinden. Darüber hinaus müssen Beteiligungsangebote transparent, zielgruppengerecht und wertschätzend kommuniziert werden, um Zugewanderte zur Teilnahme zu ermutigen. Die Befunde der Kurz-Expertise deuten auf eine starke Rolle engagierter Einzelpersonen – mit und ohne Migrationsgeschichte – hin. Um daraus resultierende Ausfallrisiken zu minimieren, sollten der Informationsfluss gefördert und Vertretungsregelungen etabliert werden. Darüber hinaus sollte die Vernetzung und Organisation von Menschen mit Migrationsgeschichte durch die Verwaltung unterstützt werden. Um kulturalisierende Zuschreibungen und Wissenslücken zu reduzieren, müssen eigene Interpretationen reflektiert und der Austausch zwischen Menschen mit Migrationsgeschichte und Verwaltungsmitarbeitenden verbessert werden.

Inhalt

04	Einführung
04	Begriffsbestimmungen
06	(Sonder-)Rolle von Kommunen in Bezug auf Beteiligung
06	Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte
08	Eindrücke aus der Praxis: Beteiligungsformen Zugewanderter in ausgewählten Landkreisen
08	Datengrundlage
09	Erste Eindrücke und übergreifende Trends
12	Landkreis Bernkastel-Wittlich
12	Kurzprofil
12	Beteiligungsformen
14	Herausforderungen und Potenziale bei der Beteiligung Zugewanderter
16	Landkreis Ludwigslust-Parchim
16	Kurzprofil
16	Beteiligungsformen
18	Herausforderungen und Potenziale bei der Beteiligung Zugewanderter
20	Schwalm-Eder-Kreis
20	Kurzprofil
20	Beteiligungsformen
22	Herausforderungen und Potenziale bei der Beteiligung Zugewanderter
24	Zusammenfassende Analyse und Handlungsempfehlungen
30	Literaturverzeichnis



Einführung

Die Beteiligung von Einwohner:innen an öffentlichen Planungs- und Entscheidungsprozessen ist ein zentraler Bestandteil jeder Demokratie und ein wichtiges Element gesellschaftlicher Teilhabe (Möltgen-Sicking 2019, 88; Vetter und Remer-Bollow 2017, 17). Dies gilt insbesondere auch auf kommunaler Ebene. Hier kann eine verstärkte Beteiligung Vorteile für alle Seiten haben: Individuen, die sich beteiligen, können ihre Interessen und Bedarfe an Entscheidungsträger:innen herantragen und Entscheidungen in ihrem Sinne beeinflussen. Zudem kann ihre Einbindung zu einer verstärkten Identifikation mit der jeweiligen Gemeinde führen, die Akzeptanz und Legitimität von Maßnahmen öffentlicher Verwaltungen steigern und die Qualität von Entscheidungsprozessen erhöhen (Vetter und Remer-Bollow 2017, 8; Schneider 2018, 117). Letztlich führt dies zu einer größeren Zufriedenheit aller Beteiligten, indem für die Gesellschaft Konflikte minimiert und der soziale Zusammenhalt gefördert werden können.

Derzeit ist die Beteiligung an kommunalen Prozessen jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte¹ „beteiligen sich [...] insgesamt weniger häufig politisch und zivilgesellschaftlich als Menschen ohne Migrationshintergrund“ (Guill et al. 2020, 4). Innovative Beteiligungsangebote können helfen, das ungenutzte Partizipationspotenzial zu aktivieren (Glaab 2016, 4).

Das Ziel dieser Kurz-Expertise ist es, einen Einblick in verschiedene Beteiligungsformen für und von Menschen mit Migrationsgeschichte in ländlichen Räumen zu geben und deren Potenziale und Herausforderungen zu diskutieren. Hierfür werden konkrete Beispiele in unterschiedlichen Phasen – von ersten Planungsschritten bis hin zu etablierten Strukturen – vorgestellt. Dabei erheben die Autorinnen keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Repräsentativität hinsichtlich der Abbildung von Beteiligungsstrukturen in ländlich geprägten Landkreisen in Deutschland.

Die ausgewählten Beispiele dienen vielmehr als Grundlage für eine Diskussion der Möglichkeiten zur Förderung einer aktiven Beteiligung durch die Kommunalverwaltung. Im letzten Schritt entwickelt die Kurz-Expertise auf Basis der Ergebnisse Handlungsempfehlungen, wie die Beteiligung zugewanderter Einwohner:innen in ländlichen Räumen gestärkt werden kann.

Begriffsbestimmungen

Der Begriff der Beteiligung wird in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen diskutiert und häufig synonym mit den Begriffen (politische) Partizipation oder (soziale) Teilhabe verwendet. Die Definitionen variieren je nach Forschungsdisziplin und Kontext, was für Unschärfe in der Diskussion sorgen kann (Hafeneger et al. 2005, 11). Gleichzeitig ist die terminologische Vermischung ein Hinweis darauf, dass sich die Begriffe nicht gegenseitig ausschließen. Stattdessen gibt es Überschneidungen und einen wechselseitigen Einfluss zwischen politischen und sozialen Teilhabedimensionen. Dies gilt sowohl konzeptionell als auch für deren reale Ausprägungen (siehe auch Müssig 2020): „Grundsätzlich gilt: Wer sich zivilgesellschaftlich engagiert, ist auch politisch aktiv(er)“ (Guill et al. 2020, 4).

In dieser Kurz-Expertise verwenden wir in Anknüpfung an politik- und migrationswissenschaftliche Debatten und in Hinblick auf die Besonderheiten ländlicher Räume eine breit angelegte Definition von Beteiligung. Sie umfasst unterschiedliche Formen der Mitwirkung an oder Einflussnahme auf Prozesse(n) und Verwaltungspraxis (Kaase 1995, 521; Müssig 2020, 27).

¹ In dieser Kurz-Expertise werden die Begriffe Menschen mit Migrationsgeschichte und Zugewanderte synonym verwendet. In beiden Fällen sind damit diejenigen Menschen gemeint, die entweder selbst oder deren Eltern aus dem Ausland nach Deutschland übergesiedelt und hier nun ansässig sind – unabhängig vom Zeitpunkt des Zuzugs, dem Aufenthaltstitel sowie der Staatsangehörigkeit. Andere Begriffe werden nur insofern angewandt, als sie Zitate betreffen oder sich auf eine anders definierte Gruppe von Menschen beziehen.

- **Mitbestimmung oder politische Partizipation**
 bezeichnen dabei die Formen der Einflussnahme, die auf die Etablierung oder Veränderung allgemeinverbindlicher Regelungen abzielen (Schammann und Gluns 2021, 37). Dies geht über die Wahrnehmung des Wahlrechts hinaus und umfasst auch Bürgerbeteiligung oder Gremienarbeit, z. B. in Beiräten (siehe Abb. 1).
- Zudem gibt es auch Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements, die auf eine **Mitgestaltung** bzw. eine mittelbare Einflussnahme auf Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse abzielen. Dazu zählen beispielsweise die Mitwirkung in Netzwerken, ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen oder Interessenvertretungen. Diese Formen werden hier ebenfalls der Beteiligung zugerechnet.

Beteiligung muss von der sozialen Teilhabe unterschieden werden, mit der hier die Felder der klassischen „Integrationsarbeit“ bezeichnet werden. Dazu gehören Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements, die sich vor allem dem **Mitmachen** widmen, wie z. B. das Engagement in einem Sportverein. Zudem beinhalten sie den **Einbezug in gesellschaftliche Systeme** wie den Arbeitsmarkt oder das Bildungssystem sowie die Ermöglichung **sozialer Kontakte und Beziehungen** (Ager und Strang 2008). Der Unterschied zur Beteiligung lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen: Mit dem Einbezug in das Bildungssystem ist die Inanspruchnahme von Bildungsangeboten gemeint, während Beteiligung die Mitgestaltung dieser Angebote bezeichnet.

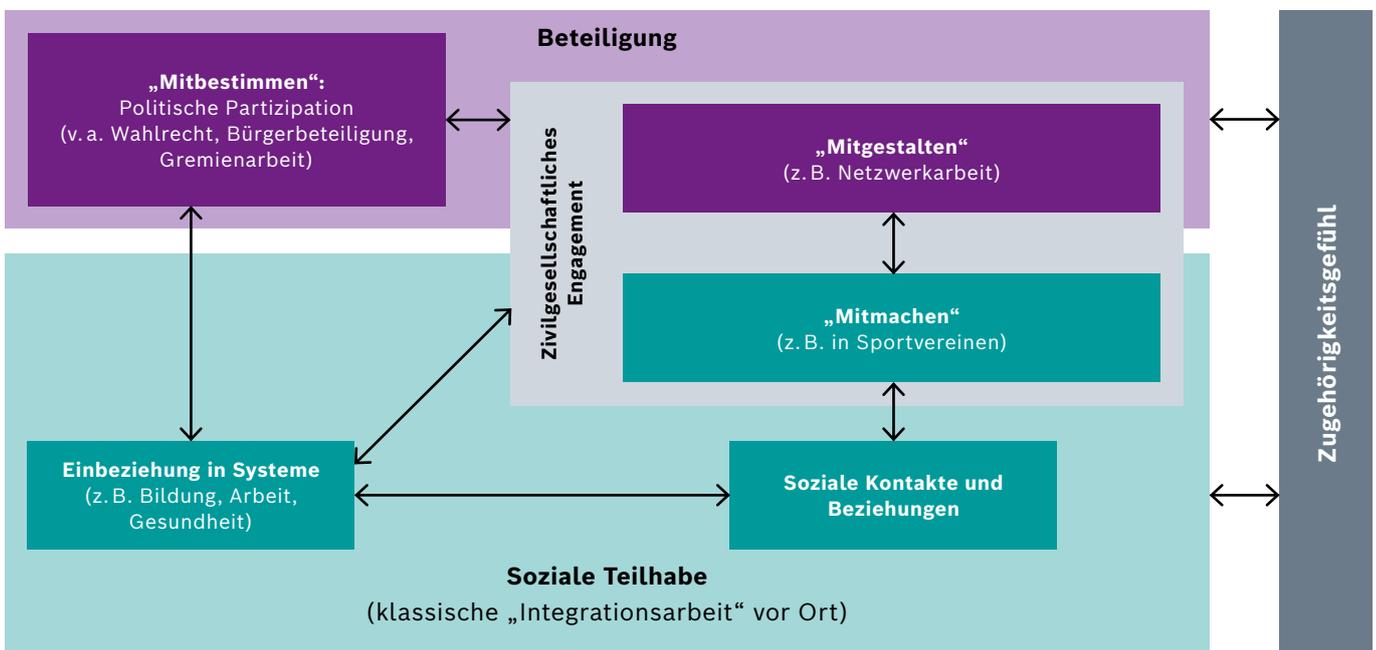


Abb. 1: Begrifflichkeiten im Rahmen der Kurz-Expertise

Dabei bedingen sich die unterschiedlichen Dimensionen gegenseitig (dargestellt durch die Pfeile in Abb. 1). So kann der Einbezug in gesellschaftliche Systeme eine Grundlage politischer Partizipation darstellen, indem beispielsweise Bildung die Wahrnehmung politischer Mitspracherechte ermöglicht oder erleichtert. Umgekehrt kann auch politische Partizipation über die Ausweitung von Mitspracherechten zu einer verbesserten sozialen Teilhabe

beitragen, indem bedarfsgerechtere Lösungen gefunden werden können. Gleichzeitig kann keine der Dimensionen die anderen ersetzen. Vielmehr sind sie alle erforderlich, um Teilhabe in einem umfassenden Sinne zu verwirklichen. Allen Elementen ist gemein, dass sie das Zugehörigkeitsgefühl eines Individuums gegenüber der Gesellschaft stärken. Zugleich ist das Zugehörigkeitsgefühl ein entscheidender Motivationsfaktor für Individuen, sich zu beteiligen.

(Sonder-)Rolle von Kommunen in Bezug auf Beteiligung

In der Diskussion um Beteiligung nehmen Kommunen eine Sonderstellung ein. Sie gelten als zentraler Raum zivilgesellschaftlicher und politischer Beteiligung (Möltgen-Sicking 2019, 90) bzw. als „Schule der Demokratie“ (Frank et al. 2017, 56; siehe auch Fliedner 2019), da der Bezug zwischen Bürger:innen und Politik hier näher ist als auf Landes- oder Bundesebene.

Zu den repräsentativen Formen der kommunalen Demokratie gehört insbesondere das kommunale Wahlsystem. Hinzu kommen Beiräte für bestimmte Gruppen, die ansonsten kein Wahlrecht haben (wie Jugendliche oder Ausländer:innen) oder die die Interessen ihrer Gruppe auf diese Weise in die Gremien einbringen möchten (z. B. Senioren) (Frank et al. 2017, 65f.). Darüber hinaus sind direktdemokratische Elemente wie Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene von großer Bedeutung (Vetter und Remer-Bollow 2017, 184; Möltgen-Sicking 2019, 93; für einen Überblick zur Bürgerbeteiligung in Kommunen siehe Holtkamp und Bogumil 2007 sowie Schneider 2018).

Hinzu kommen kooperative Formen der Beteiligung, die im Kontext dieser Kurz-Expertise zentral sind. Sie umfassen unterschiedliche zivilgesellschaftliche und politische Beteiligungsformen, mit denen Menschen das Ziel verfolgen, eigene Themen in kommunale Prozesse einzubringen, sich zu vernetzen und Einfluss auf die Situation vor Ort zu nehmen (Vetter und Remer-Bollow 2017, 103). Dabei werden die Möglichkeiten der zivilgesellschaftlichen Mitgestaltung durch eine zunehmende Kooperation zwischen Kommunalverwaltungen und externen Akteur:innen gestärkt (Walter 2017).

Der Verwaltung wird dabei eine wichtige Rolle zuteil, da sie einerseits politische Beschlüsse umsetzt und dabei Handlungsspielräume nutzt (vgl. Lipsky 2010). Andererseits prägen Verwaltungen durch die Gestaltung von Institutionen auch Aktivitäten in diesem Rahmen: „Institutionen haben einen handlungsbefähigenden wie auch einen handlungsprägenden Charakter“ (Klenk und Nullmeier 2004, 18).

Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte

Der Staatsangehörigkeit werden in Bezug auf Teilhabe drei Funktionen zugeschrieben: Erstens ist sie ein Symbol der Zugehörigkeit, zweitens verleiht sie den Individuen Schutz- und Leistungsrechte gegenüber dem Staat und drittens beinhaltet sie politische Rechte wie das Wahlrecht (Thränhardt 2017). Während ein Teil der Schutz- und Leistungsrechte auch Ausländer:innen (je nach Aufenthaltsstatus und -dauer) gewährt wird, sind insbesondere die erst- und die letztgenannten Funktionen für Zugewanderte ohne deutsche Staatsangehörigkeit in der Regel nicht verwirklicht. Zwar wird ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige spätestens seit den 1980er-Jahren diskutiert und war in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sogar vor dem Fall der Mauer kurzfristig umgesetzt.² Derzeit besitzen jedoch lediglich EU-Bürger:innen auf kommunaler Ebene das aktive und passive Wahlrecht, während es anderen Zugewanderten verwehrt bleibt. Dadurch entsteht ein Demokratie- und Legitimitätsdefizit, da eine Lücke zwischen der Wohnbevölkerung und dem Wahlvolk besteht (u. a. Hunger und Candan 2010). Dieses Defizit kann durch andere Formen der Beteiligung nicht behoben werden. Formen der Beteiligung jenseits der Abgabe einer Stimme bei der Kommunalwahl sind für diese Zugewanderten aber umso wichtiger, da ein vollständiger Ausschluss bestimmter Gruppen von Beteiligung im Sinne des oben angesprochenen Demokratieverständnisses problematisch wäre (Roth 2018, 629).

Viele Kommunen versuchen, das Demokratiedefizit durch die Schaffung von Beiräten abzumildern. Zwar verhelfen derartige beratende Gremien nur in einem geringen Maß zu politischen Rechten, können aber unter bestimmten Bedingungen die Mitbestimmung von Zugewanderten fördern. Mit der Einrichtung eines gewählten und damit demokratisch legitimierten Beirats ist die Hoffnung verbunden, dass dieser als Interessenvertretung für Menschen mit Migrationsgeschichte fungiert. Dabei stellen sich jedoch Fragen, z. B. in Bezug auf die Definition der Wahlberechtigten: Wer gilt als „Migrant:in“? Darüber hinaus haben viele Kommunen die Erfahrung gemacht, dass die Wahlbeteiligung sehr gering ist. Dementsprechend haben sich einige Kommunen anstelle einer gewählten Vertretung für einen Beirat als „Expert:innengremium“ entschieden,

² Zudem haben derzeit 15 EU-Mitgliedstaaten ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige verwirklicht (Wilmes 2018).

in den Mitglieder aufgrund ihrer Expertise für das Themenfeld Migration und Integration berufen werden (SVR-Forschungsbereich 2019, 19 f.; Weiss 2013; Wilmes 2018).

Neben der wichtigen Rolle der Kommunen für die Demokratie ist auch ihre Bedeutung für die klassische Integrationsarbeit unbestritten (für einen Überblick: Gesemann und Roth 2018; Kordel und Weidinger 2020; Kühn und Münch 2019; Schammann et al. 2020). Darüber hinaus ist die Kommune der Ort, an dem die Zugehörigkeit zu einer (lokalen) Gesellschaft erfahrbar wird. Dieses Zugehörigkeitsgefühl kann auch ein Ausgangspunkt für Beteiligung sein (siehe Abb. 1): Wer sich als Mitglied einer lokalen Gemeinschaft begreift, entwickelt eher ein Interesse an der Mitbestimmung und Mitgestaltung lokaler Prozesse. Für die Übertragung dieses Interesses in ein politisches Engagement ist der Glaube an eine politische Selbstwirksamkeit unabdingbar. Das bedeutet, dass Menschen politische Inhalte nachvollziehen können und der Meinung sein müssen, dass den politischen Vertreter:innen ihre Belange wichtig sind (Wüst und Faas 2018, 12; Schammann und Gluns 2021, 234 ff.). Menschen mit Migrationsgeschichte nehmen ihre politische Selbstwirksamkeit jedoch als geringer wahr als nicht zugewanderte Menschen (SVR 2019).

Bestehende Forschung zur aktiven oder aktivierenden Beteiligung von Zugewanderten bezieht sich überwiegend auf den städtischen Raum (für einen Überblick: Müssig 2020; Guill et al. 2020). Auch gelten Migrant:innenorganisationen (MO) zunehmend als wichtige politische Ansprechpartner:innen³ – allerdings vorwiegend in urbanen Räumen (Roth 2018, 629). Die vorliegende Kurz-Expertise richtet den Blick hingegen explizit auf ländliche Räume, in denen 57 % der Gesamtbevölkerung (Küpper 2016, 27) und immerhin 41 % der Menschen mit Migrationsgeschichte leben.⁴

Ländlichen Räumen wird häufig ein enges nachbarschaftliches Miteinander zugeschrieben. Dieses kann auch bei Menschen mit Migrationsgeschichte zur Stärkung sozialer Teilhabe und zu einem Gefühl der Zugehörigkeit beitragen (Guill et al. 2020, 6). Dennoch sehen sich Kommunen

auch in ländlichen Räumen hinsichtlich der Teilhabe von Zugewanderten einer Vielzahl von Aufgaben gegenüber – beispielsweise in Bezug auf die Wohnsituation, den Deutschspracherwerb oder die Einbindung in den Arbeitsmarkt (Günther et al. 2021, 5). Zusätzlich kämpfen viele ländliche Räume mit dem demografischen Wandel, einer damit einhergehenden geringen oder abnehmenden Siedlungsdichte sowie mangelnder Infrastruktur und Mobilität (Küpper 2016).

Um diesen Faktoren entgegenzuwirken, wird Integration zunehmend als gesellschaftspolitische Querschnittsaufgabe verstanden, die Fragen sozialräumlicher Entwicklung einschließt (Schammann et al. 2020, 22). Um dieser Aufgabe gerecht zu werden und eine nachhaltige, systematische und positive Entwicklung ländlicher Räume zu erreichen, ist die Expertise aller Einwohner:innen gefragt. Deren aktive Beteiligung ist somit eine Schlüsselaufgabe kommunaler Verwaltung und Politik. Dies gilt insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte, deren Kenntnisse und Potenziale nach wie vor (zu) wenig Anerkennung in gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen erhalten (Uslucan 2015; Müssig 2020).



³ Auch hierbei stellt sich angesichts der Heterogenität der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte die Frage der Repräsentativität: Für wen kann eine MO sprechen? Wie kann der Pluralität Rechnung getragen werden (SVR-Forschungsbereich 2019)?

⁴ Berechnungen von Torsten Osigus, Mitarbeiter des Thünen Instituts für Ländliche Räume, auf Basis der Daten von © Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2020, Stichtag: 31.12.2018; © GeoBasis-DE/BKG 2020, Stichtag: 31.12.2018; © Thünen-Institut 2020.

Eindrücke aus der Praxis: Beteiligungsformen Zugewanderter in ausge- wählten Landkreisen

Datengrundlage

Für die Kurz-Expertise wurden in einem ersten Schritt in Hintergrundgesprächen mit den Vertreter:innen von elf Land.Zuhause.Zukunft-Programmlandkreisen⁵ wiederkehrende Themen, Ziele und Vorgehensweisen, aber auch hinderliche Strukturen identifiziert. Insgesamt wurden 14 überwiegend telefonische Hintergrundgespräche mit mehr als 20 Gesprächspartner:innen geführt.⁶ Diese Gespräche bilden das Gerüst für generalisierende Aussagen in den folgenden Abschnitten, ergänzt um Literaturrecherchen und weitere Hintergrundgespräche⁷.

Um Einzelaspekte zu vertiefen und Befunde zu validieren, wurden drei Landkreise für eine erweiterte Datenerhebung ausgesucht. Die ausgewählten Kreise sollten eine möglichst große Bandbreite unterschiedlicher Beteiligungsformen und -phasen abdecken. Darüber hinaus wurden die geografische Verortung des Landkreises, die Konstellation der Integrationsakteur:innen vor Ort sowie Zuwanderungsformen und -aufkommen berücksichtigt. Auf Basis dieser Kriterien wurden Ludwigslust-Parchim, Bernkastel-Wittlich und der Schwalm-Eder-Kreis ausgewählt. Die in den Hintergrundgesprächen identifizierten Themen wurden im

Rahmen semi-standardisierter Interviews vertieft, ergänzt bzw. kontrastiert. Insgesamt wurden per Telefon und Videotelefonat zwölf Vertiefungsgespräche mit 15 Personen in den drei Landkreisen geführt. Zu den in diesem Schritt Befragten zählen im Bereich Integration tätige Verwaltungsmitarbeitende, Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Organisationen sowie von Zusammenschlüssen Zugewanderter, ebenso wie engagierte Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte.

Insbesondere wurden Beteiligungsaktivitäten betrachtet, die auf Initiative oder unter Beteiligung von Landkreis- oder Gemeindeverwaltungen etabliert wurden oder auf einen Austausch zwischen Zugewanderten und Verwaltung zielen. Inhaltlich konzentrierten sich die Interviews auf drei Themenkomplexe⁸:

- 1) Die Konstellationen zentraler lokaler Akteur:innen sowie die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Engagierten und Zugewanderten
- 2) Das individuelle Engagement der Befragten sowie der persönliche Eindruck hinsichtlich bestehender Beteiligungsstrukturen und -formate
- 3) Herausforderungen, Verbesserungsvorschläge und Gute-Praxis-Beispiele hinsichtlich der Beteiligung und aktiven Einbindung Zugewanderter in (politische) Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene

⁵ Vertreter:innen der Land.Zuhause.Zukunft-Landkreise der Pilot- und Fortsetzungsphasen sind überwiegend Mitarbeitende der Kommunalverwaltung und darüber hinaus wenige zivilgesellschaftliche Akteur:innen. Weitere Informationen zum Programm finden Sie unter www.land-zuhause-zukunft.de.

⁶ Es handelt sich dabei um die Landkreise Bernkastel-Wittlich, Börde, Burgenlandkreis, Dahme-Spreewald, Enzkreis, Karlsruhe, Ludwigslust-Parchim, Oldenburg, Schwalm-Eder-Kreis, Uckermark und Weilheim-Schongau.

⁷ Gespräche wurden mit Mitarbeitenden des wissenschaftlichen Stabs des Sachverständigenrats für Integration und Migration sowie der Stadt Stuttgart als Koordinatorin des Kommunalen Qualitätszirkels für Integrationspolitik geführt.

⁸ Hierbei wurden entsprechend der jeweiligen Expertise der Befragten Schwerpunktsetzungen vorgenommen.

Erste Eindrücke und übergreifende Trends

Die Hintergrundgespräche förderten zahlreiche thematische Parallelen zutage. Auffällig ist, dass die Befragten, um eine Auflistung der im Landkreis etablierten Beteiligungsangebote gebeten, häufig zunächst davon ausgingen, dass es politische Beteiligung Zugewanderter nicht oder kaum gäbe. Stattdessen nannten die Vertreter:innen der Programmlandkreise vor allem Angebote ehrenamtlich Engagierter, die auf die soziale Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte abzielen. Im weiteren Gesprächsverlauf wurde jedoch deutlich, dass vielerorts ebendiese Strukturen und Netzwerke zugleich Grundlage politischer Beteiligung und Interessenartikulation sowie der Ermöglichung zu einer weitergehenden Beteiligung Zugewanderter sein können. Die Befragungen zeigten die Fluidität bzw. wechselseitige Einwirkung zwischen (politischer) Beteiligung und sozialer Teilhabe deutlich. Diese Verbindungen werden im Folgenden anhand wiederkehrender Themen aus den Gesprächen illustriert.

Strukturen und Voraussetzungen der Mitbestimmung

Formelle Beteiligungsgremien wie Migrations- oder Integrationsbeiräte sind ebenso wie als Vereine gegründete Migrant:innenorganisationen (MO) in den befragten Landkreisen eher selten. Mehr als die Hälfte verfügt über keine derartigen Beteiligungsstrukturen.

Dieser Mangel geht oft einher mit einer geringen Institutionalisierung der Integrationsarbeit. Umfangreiche Verwaltungsstrukturen wie ein großes Amt für Integration mit umfassender Zuständigkeit finden sich weniger häufig als kleinere Teams, die beispielsweise an einer Stabsstelle für Integration oder bei den Integrationslots:innen angesiedelt sind. Dort, wo Integrationsarbeit stärker institutionalisiert geleistet wird, stellt sich zum Teil die Problematik einer Fragmentierung von Zuständigkeiten. Zudem nehmen manche Verwaltungsmitarbeitenden die eigenen Handlungsspielräume als gering wahr, was vielerorts durch einen Mangel an politischer Unterstützung seitens des Landrates oder der Landrätin verschärft wird.

Häufig ist ein aktivierendes Beteiligungsangebot seitens der Kommunalverwaltung und -politik eine wichtige Voraussetzung für eine aktive – insbesondere politische – Beteiligung von Zugewanderten. Ohne derartige Initiativen von Verwaltung und Politik läuft das Engagement – ob von Menschen mit oder ohne Migrationsgeschichte – Gefahr, ungesehen und damit wirkungslos zu bleiben.

Darüber hinaus wurde kritisiert, dass eine unzureichende interkulturelle Öffnung einer stärkeren Mitbestimmung entgegenstehe. Vielerorts werde migrationsbedingte Diversität nicht als Normalität oder gar als Chance begriffen, sondern als schwer zu bewältigende Aufgabe. Diesen Wahrnehmungen gelte es zu begegnen und ein Alternativkonzept einer interkulturellen Verwaltung und Gesellschaft entgegenzusetzen, die gesellschaftliche Realitäten abbilde und von Vielfalt profitiere. Eine Sensibilisierung der Verwaltung für diese Effekte sei hierfür von großer Bedeutung. Maßnahmen interkultureller Öffnung könnten zudem das Gefühl von tatsächlicher Repräsentation und Zugehörigkeit erhöhen und Hemmschwellen gegenüber der Verwaltung abbauen. Sie umfassen Maßnahmen in den Bereichen Personalmanagement und Organisationsentwicklung sowie ein interkulturelles Qualitätsmanagement bei Dienstleistungen und Produkten (Deutscher Landkreistag 2014, 14 ff.).

Mitgestaltung durch Netzwerke und Engagement

Die hohe Bedeutung, die der Großteil der Befragten der Netzwerkarbeit beimisst, ist bemerkenswert. Das Gleiche gilt für die Vielzahl vorhandener Netzwerke, z. B. das Netzwerk Integration in der Börde oder das Netzwerk Asyl im Oberland (Landkreis Weilheim-Schongau). Sie wirken unter Einbindung oder auf Initiative der Kommunalverwaltung auf migrations- und integrationspolitische Themen ein und ermöglichen deren Mitgestaltung. Zudem gibt es themenbezogene Netzwerke und Zusammenkünfte, darunter thematisch gegliederte Integrations-Experten-Runden in Weilheim-Schongau und den Arbeitskreis Integrationspartner in Bernkastel-Wittlich. Deren Mitglieder tauschen sich über Bedarfe aus, z. B. im Bereich der Bildungsarbeit, und nehmen Einfluss auf Entscheidungsprozesse, wie die Erstellung von Integrationskonzepten.

Menschen mit Migrationsgeschichte sowie Migrant:innenorganisationen sind laut Aussage der Befragten in diesen Netzwerken jedoch häufig unterrepräsentiert. Zwar gebe es Bestrebungen, Zugewanderte zur Beteiligung zu ermutigen; es scheitere jedoch häufig am Zugang zu Menschen mit Migrationsgeschichte, insbesondere aus Ländern der Europäischen Union. Sowohl Zugewanderte als auch Verwaltungsmitarbeitende hätten oft Schwierigkeiten, gegenseitig die richtigen Ansprechpersonen zu identifizieren. Zudem reagierten viele Zugewanderte zögerlich auf die Aufforderung, sich in Netzwerken zu beteiligen. In diesem Zusammenhang wurden Sprachbarrieren als zentrales Hindernis

beschrieben und deren Abbau als Schlüsselinstrument für eine Einbindung von Menschen mit Migrationsgeschichte genannt. Der geringe Rücklauf bei Aufforderungen zur Beteiligung führe dazu, dass sich vielerorts jeweils die gleichen Individuen an unterschiedlichen Plattformen beteiligten und die Repräsentation verschiedener Gruppen von Zugewanderten nur teilweise gegeben sei.

Diese Dynamik kann Tücken aufweisen: Wo immer Menschen zusammenkommen, um sich über die Belange von Zugewanderten auszutauschen, ohne die Stimmen Zugewanderter selbst einzufangen, können paternalistische Strukturen verstärkt und verstetigt werden. Solche Strukturen stehen einer aktiven, wirkungsvollen Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte entgegen und führen selten zu bedarfsgerechten Lösungen. So äußerte eine Befragte:

„Wir denken, dass wir ein gutes Angebot machen. Aber wissen tun wir’s nicht, ob das bedarfsgerecht ist.“

Der Großteil der Befragten betonte die zentrale Rolle von haupt- und ehrenamtlichen Einzelpersonen als „Dreh- und Angelpunkte“, die in viele der Beteiligungsformate und Netzwerke einbezogen sind. Diese Beobachtung ist in zweifacher Hinsicht bedeutsam: Zum einen zeigt sich der enorme Wirkungsraum von Individuen in der kommunalen Integrationsarbeit (siehe auch Schammann et al. 2021). Zum anderen wächst mit dieser starken Personenzentrierung die Bedeutung persönlicher Kontakte. Während dies den Menschen, die über diese Kontakte verfügen, einen leichten Zugang zu zentralen Personen in den Netzwerken ermöglicht, birgt es Risiken in Bezug auf Nachhaltigkeit und strukturelle Verankerung. Verstetigte Strukturen, die über den Einsatz von Einzelpersonen hinaus Bestand haben, sind jedoch wichtig für die Ermöglichung kontinuierlicher Beteiligung.

Mitmachen als Basis für mehr Beteiligung

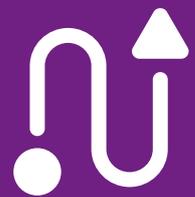
Unsere Gesprächspartner:innen hoben auch die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Angebote wie Willkommenscafés oder Ehrenamtsstammtischen hervor. Während ihr Hauptzweck darin besteht, einen niedrigschwelligen Austausch von Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung zu ermöglichen, vermitteln sie auch erste Informationen zu unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten und Ansprechpersonen. Damit können sie die Grundlage für eine erfolgreiche Beteiligung Zugewanderter bilden. Ein ähnlicher „Nebeneffekt“ kann sich bei Sprachmittler-Pools einstellen: Indem Menschen mit Migrationsgeschichte ihre Sprachkompetenzen ehrenamtlich zur Verfügung stellen, erhalten sie Kontakte sowie Zugang zu Kommunalverwaltungen. Dadurch kann Beteiligung im Sinne einer Mitgestaltung und Mitbestimmung erleichtert werden. Zudem können zivilgesellschaftliche Organisationen und religiöse Gemeinschaften als Mittlerinnen dienen, die die Artikulation der Interessen Zugewanderter an Akteur:innen aus Politik und Verwaltung übernehmen. Damit liegt in der Dimension des Mitmachens, die in vielen ländlichen Räumen von einer Vielzahl öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur:innen gefördert wird, auch ein Potenzial zur Stärkung der Mitbestimmung von Zugewanderten.

Mitbestimmung durch „An-die-Hand-Nehmen“?

Aus den Gesprächen geht der Wunsch nach einer aktiven Einbindung von Menschen mit Migrationsgeschichte in kommunale Prozesse deutlich hervor. Die Gesprächspartner:innen sehen sich in der Regel „auf der Seite der Zugewanderten“, während andere Bevölkerungsgruppen mehr Offenheit zeigen müssten. Wiederholt thematisiert wurde, dass teilweise diskriminierende oder ausgrenzende Dynamiken innerhalb der lokalen Bevölkerung einer Beteiligung Zugewanderter im Wege stünden. Gleichzeitig kritisierten einige Befragte ein „Kümmerersyndrom“ bei manchen Haupt- oder Ehrenamtlichen, das einer aktivierenden Ansprache von Menschen mit Migrationsgeschichte zuwiderlaufe.

Dennoch traten auch in den Hintergrundgesprächen zum Teil kulturalisierende⁹ Zuschreibungen hervor. Bei Zugewanderten vermuteten manche der Befragten eine hohe Integrationsbereitschaft, insbesondere aber Hilfsbedürftigkeit, selten jedoch den grundlegenden Wunsch nach Selbstbestimmung. Einige Befragte schilderten den Eindruck, dass politische Beteiligung einen „Anschubs“ durch ehrenamtlich Engagierte oder Verwaltungsmitarbeitende erfordere, oder dass Menschen mit Migrationsgeschichte in der Regel aktiviert und „an die Hand genommen“ werden müssten, nicht jedoch eigeninitiativ tätig würden. Diese Beobachtung führen sie darauf zurück, dass viele Zugewanderte aus Kulturräumen bzw. politischen Systemen stammen, die eine aktive Beteiligung nicht erlauben. Insbesondere mit Blick auf Geflüchtete äußerten die Befragten, dass diese zunächst „Fuß fassen“ müssten oder aber grundsätzlich mit anderen Themen als einer aktiven Beteiligung befasst seien. Zudem wurde die (vermutete) Expertise Zugewanderter oft auf Kompetenzfelder reduziert, die vermeintlich aus ihrer Migrationsgeschichte resultieren, darunter interkulturelle Kommunikation oder Mehrsprachigkeit.

Im Folgenden werden diese Themen anhand konkreter Formate in den drei ausgewählten Landkreisen vertieft betrachtet.



⁹ Für eine Einführung in die Thematik von Zuschreibungen siehe u.a. Kleeberg und Langenohl 2011, 283.

Landkreis Bernkastel-Wittlich

Kurzprofil

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich (WIL) ist mit 1.168 km² der zweitgrößte Flächenkreis in Rheinland-Pfalz. Von den insgesamt 112.483 Einwohner:innen (WIL 2021b: Stand 2019) haben 12.152 Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit (WIL 2021c: Stand 2019).

Das Integrationsbüro ist in der Landkreisverwaltung im Fachbereich Wirtschaftsförderung und Öffentlichkeitsarbeit angesiedelt, einer Stabsstelle, die unmittelbar dem Landrat unterstellt ist (WIL 2021d). Es umfasst die Bereiche Integration und Bildungskoordination. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit einer Vielzahl öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter die Ausländerbehörde, Wohlfahrtsverbände, der Kinderschutzbund, die Arbeitsverwaltung sowie Berufsverbände und Kammern.

Beteiligungsformen

Vernetzung wird von den Befragten als eine wichtige Voraussetzung für Beteiligung verstanden. Erklärtes Ziel der Verwaltungsmitarbeitenden ist es, einen kontinuierlichen Informationsfluss zwischen allen relevanten Akteur:innen im Landkreis aufrechtzuerhalten. Die als umfassend und engmaschig wahrgenommene Vernetzung geschieht u. a. im Rahmen institutionalisierter Formate wie dem Beirat für Migration und Integration (Infobox 1) sowie durch den Arbeitskreis der Integrationspartner Bernkastel-Wittlich (Infobox 2).

Auffällig ist, dass Definitionen von politischer Beteiligung sowie das eigene Rollenverständnis als (politisch) engagierte Person stark divergieren. Während einige Befragte unter politischer Beteiligung v. a. ein politisches Amt verstehen, sehen andere darin die Vertretung und Artikulation der eigenen Interessen. In vielen Fällen, so zeigt sich in den Befragungen, sind die Grenzen zwischen Beteiligung und sozialer Teilhabe dabei fließend: Austauschformate, die dem zwischenmenschlichen Kontakt dienen sollen, werden zu Plattformen der Interessenartikulation, Ehrenamtliche zu Vermittelnden und Menschen mit Migrationsgeschichte zu Multiplikator:innen:

„Ich kenne mich mit Politik nicht aus. Aber durch Ehrenamt, Infoveranstaltungen, Broschüren in leichter Sprache kann man so viel machen.“ (INT 4 | WIL)

Alle Gesprächspartner:innen hoben die zentrale Rolle zivilgesellschaftlich organisierter Angebote wie die örtlichen Willkommenscafés als Wegbereiter für die soziale Teilhabe und aktive Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte im Landkreis hervor. Das zivilgesellschaftliche Engagement sei auch für Menschen mit Migrationsgeschichte eine wichtige Möglichkeit, mitzumachen, mitzugestalten und „selbst etwas zurückzugeben“ (INT 4 | WIL), zum Beispiel durch eine Tätigkeit als Sprachmittelnde.

Zudem gibt es in Bernkastel-Wittlich von Menschen mit Migrationsgeschichte initiierte Projekte und Vereine, die der Förderung sozialer Teilhabe dienen. Dazu zählen interreligiöse Dialoge des DITIB Moscheevereins sowie Freizeit- und Bildungsangebote des Sport- und Kulturvereins Integra e.V. (Infobox 3).

Infobox 1

Beirat für Migration und Integration

Der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Bernkastel-Wittlich wird für je fünf Jahre gewählt. Wahlberechtigt sind alle über 16-jährigen ausländischen Einwohner:innen des Landkreises, sowie staatenlose Einwohner:innen, Spätaussiedler:innen, Einwohner:innen mit doppelter Staatsangehörigkeit, Eingebürgerte sowie die Kinder der vorgenannten Wahlberechtigten (WIL 2021a, 2021e, 2021f). Nachdem der Beirat im November 2019 mangels Kandidat:innen nicht wiedergewählt werden konnte, berief der Kreistag auf Anregung des Landrates einen Beirat. Er besteht in seiner derzeitigen Amtszeit aus 15 ehrenamtlichen Mitgliedern, die sich dem Kreistag zur Wahl gestellt hatten (WIL 2021e).

Der Beirat berät die Organe des Landkreises zu migrations- und integrationsrelevanten Fragen (WIL 2021a). Die Arbeit des Beirats wird in der Kreisverwaltung durch eine Geschäftsstelle in Person der Integrationsbeauftragten unterstützt. Sie steht den Beiratsmitgliedern als Anlaufstelle zur Verfügung, koordiniert die Sitzungen und begleitet die Umsetzung der im Beirat gefassten Beschlüsse. Der Beirat kooperiert mit zahlreichen anderen Institutionen und Organisationen im Landkreis, insbesondere mit Kreis- und Stadtverwaltungen sowie Kirchengemeinden. Die Covid-19-Pandemie führte zum Ausbleiben regelmäßiger Sitzungen; eilige Anliegen lösten die Mitglieder in informellen virtuellen Ad-hoc-Zusammenkünften.

Infobox 2

Arbeitskreis der Integrationspartner Bernkastel-Wittlich

Der Arbeitskreis entstand im Jahr 2007 auf Initiative des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dessen zuständige Regionalkoordinatorin die Organisation der Treffen übernahm. Seit dem Jahr 2019 wird diese Aufgabe von der Kreisverwaltung wahrgenommen, die dem Arbeitskreis eine wichtige Rolle hinsichtlich Vernetzung und Erfahrungsaustausch sowie als Beratungsgremium beimisst.

Der Arbeitskreis ist ein offener Zusammenschluss haupt- und ehrenamtlicher Akteur:innen unter Einbindung von Menschen mit Migrationsgeschichte. Er befasst sich mit der Integration von zugewanderten Menschen und deren Akzeptanz und Unterstützung in der einheimischen Bevölkerung. Die Teilnehmendenzahl variiert thematisch. Der Arbeitskreis ist inklusiv gestaltet und orientiert sich hinsichtlich seiner Themensetzung und Teilnehmenden an den an ihn herangetragenen Bedarfen. Damit ist der Arbeitskreis primär eine dem Austausch dienende Plattform, die relevante Akteur:innen in einem Themenfeld zusammenbringt. Identifizierte Bedarfe werden durch die Integrationsbeauftragte in die Kreisverwaltung und an den Landrat herangetragen.

Infobox 3**Integra e.V.**

Der Kultur- und Sportverein Integra wurden 2001 von drei befreundeten Frauen mit Migrationsgeschichte gegründet. Die Idee dazu entstand laut den Gründerinnen aus dem Wunsch heraus, Integration in der Stadt Wittlich voranzutreiben, Brücken zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu bauen und eigene Erfahrungen als Deutsche mit Migrationsgeschichte weiterzugeben (Integra e.V. 2020). Während zu Beginn der Fokus auf Menschen mit russischer Muttersprache lag, nehmen heute Zugewanderte unterschiedlichster Nationalitäten und Sprachgruppen die Angebote des Vereins wahr.

„Jetzt kennt uns jeder. Am Anfang kam es nicht so gut an, was wir machen wollten. Wir wollten uns zuerst an einen Sportverein anschließen. Aber da war keine Offenheit. So sind wir dann erst auf die Idee gekommen, selbst einen Verein zu gründen.“ (INT 3 | WIL)

Im Gründungsprozess holten sich die Gründerinnen Rat bei einer Migrant:innenorganisation aus Trier ein, um sich mit den Spezifika deutschen Vereinsrechts vertraut zu machen.

„Das Vereinsleben war für mich etwas ganz Neues. Es ging auch darum, Fremdes zu Eigenem zu machen.“ (INT 3 | WIL)

Inzwischen hat der Verein sein Angebot stark erweitert, bietet Beratungstätigkeiten für Zugewanderte an, fungiert als Sprachkursträger und hat ein stabiles Netzwerk von Kooperationspartnern im Landkreis geschaffen, darunter Migrationsfachdienste, Jobcenter, Kreisverwaltung, Ausländerbehörde, Wohngeldstelle, Agentur für Arbeit, Volkshochschule und Schulen. In diesem Zusammenhang versteht sich der Verein selbst als „Verteilersystem“, das die Anliegen Zugewanderter an die Zuständigen herantragen kann.

Herausforderungen und Potenziale bei der Beteiligung Zugewanderter

Die jahrzehntelang gewachsenen Strukturen in Bernkastel-Wittlich sollen neben einem lösungsorientierten Austausch zwischen Integrationsakteur:innen auch Zugewanderten selbst die Möglichkeit bieten, ihre Interessen an Entscheidungsträger:innen heranzutragen.

Strukturen und Hürden der Mitbestimmung

Trotz grundsätzlich positiver Rückmeldungen zu den Beteiligungsmöglichkeiten im Landkreis gab es auch kritische Stimmen, die die politische Einbindung von Menschen mit Migrationsgeschichte als unzureichend bewerteten. So kritisierten Zugewanderte, dass die Arbeit des Beirats für Migration und Integration die Erwartungen an Beteiligung nicht gänzlich erfülle: „Ich hatte mir Großes gewünscht“ (INT 1 | WIL). Diese Worte heben auf die Enttäuschung ab,

nur Vorschläge machen zu dürfen, nicht aber strukturelle Veränderungen erwirken zu können. Dies führe bei einigen Mitgliedern zu Unzufriedenheit und zum Rückzug aus dem Beirat. Zugleich resultiert der eingeschränkte Handlungsspielraum in einer fehlenden Sichtbarkeit des Gremiums – auch ein Teil der Befragten kannte es nicht.

Die Tatsache, dass der Beirat in seiner dritten Amtszeit mangels einer ausreichenden Zahl an Kandidat:innen nicht gewählt werden konnte, unterstreicht diese Dynamik und wirft die Frage auf, inwieweit der Beirat eine Repräsentationsfunktion für Menschen mit Migrationsgeschichte ausüben kann. Zugleich setzt die Entscheidung, den Beirat trotzdem zu berufen, ein Zeichen, das seine Bedeutung zumindest politisch unterstreicht. Zudem bietet die Anbindung des Beirats an das Landratsamt durch die Geschäftsstelle ein hohes Wirkungspotenzial.

Die Befragten gaben an, dass Beteiligung derzeit häufig über Ehrenamtliche als Mittler:innen funktioniere.

Die Möglichkeiten einer eigenen Mitbestimmung sind hingegen weniger bekannt. Unter den befragten Zugewanderten herrschte der Eindruck vor, dass die Mitgliedschaft in einer politischen Partei Voraussetzung für eine aktive Beteiligung sei.

Ein Parteibeitritt stelle jedoch für viele Menschen mit nicht deutscher Muttersprache eine kaum überwindbare Hürde dar. Zudem sei die Aussicht, in einen Stadtrat oder gar den Kreistag gewählt zu werden, selbst bei Vorliegen des passiven Wahlrechts mangels Bekanntheit in der Gesamtbevölkerung eher gering.

Interkulturelle Öffnung für mehr Mitgestaltung

Die befragten Zugewanderten kritisierten zudem das Repräsentationsdefizit von Menschen mit Migrationsgeschichte in der kommunalen Verwaltung. Sich in öffentlichen Institutionen vertreten zu fühlen, sei eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau von Vertrauen und Zugehörigkeitsgefühl.

„Von selbst trauen die (Zugewanderten) sich nicht, etwas zu sagen; sie sind froh, möglichst wenig mit Behörden zu tun zu haben, weil sie vielleicht schlechte Erfahrungen in ihren Heimatländern mit Behörden gemacht haben; da könnte eine positive Veränderung erwirkt werden, bei aktivem Interesse.“ (INT 5 | WIL)

Zentral sei daher die Förderung der interkulturellen Öffnung der Verwaltung. In Bernkastel-Wittlich werden bereits seit 2008 explizit auch Menschen mit Migrationshintergrund in Stellenausschreibungen der Kreisverwaltung angesprochen und zur Bewerbung ermutigt. Darüber hinaus fördert die Landkreisverwaltung die interkulturelle Kompetenz der Verwaltungsmitarbeitenden durch ein seit 2010 bestehendes regelmäßiges internes Schulungsangebot.

Neben Politik und Verwaltung könnte auch in der Zivilgesellschaft eine interkulturelle Öffnung positive Veränderungen bewirken. Das Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte wird von vielen Vereinen als Gewinn betrachtet, in dem zugleich die Chance liegt, sinkenden Mitgliederzahlen zu begegnen. Zudem ist damit die Erwartung verbunden, dass engagierte Zugewanderte zugleich als Sprachmittler agieren und Belange somit besser an zuständige Stellen kommunizieren könnten. Dennoch seien aufgrund kultureller Differenzen beispielsweise Bestrebungen zur Einbindung von Zugewanderten in örtliche Vereine weitestgehend im Sande verlaufen. Politik und Verwaltung könnten hier z. B. durch Schulungen auf die Anerkennung kultureller Diversität und auf eine weitere interkulturelle Öffnung des Vereinswesens hinwirken.

Selbstorganisation als Türöffner

Herauszustellen als Leuchtturm mit Vorbildcharakter ist die Entwicklung und Funktion des Kultur- und Sportvereins Integra. Er ist im Rahmen der Befragungen, die dieser Kurz-Expertise zugrunde liegen, eines der wenigen Beispiele einer erfolgreichen, thematisch breit aufgestellten Migrant:innenorganisation. Integra e.V. ist heute eine wichtige Plattform sozialer Teilhabe in Bernkastel-Wittlich; zugleich ist der Verein das Resultat der aktiven – auch politischen – Beteiligung seiner Gründerinnen. Durch seine Institutionalisierung konnte Integra e.V. Fördermittel einwerben, Sprachkursträger werden und zu einem Knotenpunkt der Vernetzung und Beteiligung von Zugewanderten im Landkreis heranwachsen.



Landkreis Ludwigslust-Parchim

Kurzprofil

Ludwigslust-Parchim ist der zweitgrößte Flächenlandkreis Deutschlands. Mit 212.141 Einwohner:innen hat der Landkreis eine geringe Bevölkerungsdichte (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2020, 4). 12.180 Einwohner:innen sind ausländische Staatsangehörige.

Das als Querschnittsthema verstandene Feld der Integration ist in der Landkreisverwaltung beim Fachdienst Gleichstellung, Generationen und Vielfalt angesiedelt, der dem Landrat direkt zugeordnet ist. Die Leitung obliegt der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises (LUP 2021a). Der Fachdienst treibt insbesondere die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteur:innen, z. B. Integrationsbeiräten und Helferkreisen, Vereinen, Kirchengemeinden sowie Sozialarbeiter:innen voran. Die Vernetzung soll die Qualität des Verwaltungshandelns sowie die Akzeptanz von Entscheidungen steigern.

Beteiligungsformen

Neben der Zusammenarbeit mit Institutionen nimmt die direkte Beteiligung von Einwohner:innen in Ludwigslust-Parchim einen hohen Stellenwert ein. Die Gleichstellungsbeauftragte bildet die Schnittstelle zwischen der Kreisverwaltung und verschiedenen lokalen Netzwerken (LUP 2021a).

Auch hier zeigen sich Überschneidungen zwischen der Förderung sozialer Teilhabe und der Ermöglichung von Beteiligung. Beispielsweise wurden vom Integrationsbeauftragten der Stadt Ludwigslust unter Einbindung des dortigen Integrationsbeirats (Infobox 4) Dialogforen ins Leben gerufen, um den Austausch auch zu kontroversen Themen zu ermöglichen und zum Abbau von Vorurteilen beizutragen. Damit diene das Format vor allem der sozialen Teilhabe. Zudem wurde auf Initiative der Foren die Stelle einer „Welcome-Lotsin“ durch die Stadtvertretung geschaffen (Stadt Ludwigslust 2021). Sie soll die Interessen Zugewanderter in politischen Entscheidungsprozessen vertreten und dadurch indirekt Mitbestimmung ermöglichen. Auch andere Netzwerke, wie die Aktivgruppe in Hagenow (Infobox 5), erfüllen vorrangig eine koordinierende Funktion für die klassische Integrationsarbeit, eröffnen jedoch gleichzeitig Wege hin zu mehr Mitbestimmung.

Die meisten Beteiligungsformate wurden vonseiten der Verwaltung ins Leben gerufen, doch gibt es auch ehrenamtlich oder privat initiierte Formen. Sie sollen es Menschen mit Migrationsgeschichte ermöglichen, ihre Interessen zu vertreten, so die Befragten. Darüber hinaus können ihre Initiator:innen über den Kontakt zur Verwaltung den Weg für einen wechselseitigen Informationsfluss eröffnen.



Infobox 4

Integrationsbeirat der Stadt Ludwigslust

Der Integrationsbeirat als beratendes Gremium der Stadtvertretung Ludwigslust existiert seit 2018. Anfang 2021 hat die Stadtvertretung die Mitglieder für drei Jahre berufen. Gerade von Zugewanderten war ein erhöhtes Interesse an der Mitarbeit im Beirat zu verzeichnen. Aus diesem Grund wurde die Zahl der Mitglieder von 12 auf 16 erhöht: Sie setzen sich zusammen aus Einwohner:innen mit Migrationsgeschichte (50%), Personen aus dem Haupt- und Ehrenamt (25%) und aus der Stadtverwaltung (25%). Ihre Aufgaben beinhalten die Zusammenarbeit mit Verwaltungen und Politik sowie die Interessenvertretung der Einwohner:innen mit Migrationsgeschichte. In dieser Funktion wirken die Beiratsmitglieder auch in verschiedenen Gesprächsrunden mit. Zudem verfolgt der Beirat die Förderung von Vernetzung und zivilgesellschaftlichem Engagement sowie die Informationsvermittlung.

Dem Integrationsbeirat in Ludwigslust steht eine Lenkungsgruppe zur Seite, die sich als Schnittstelle zwischen unterschiedlichen Akteur:innen versteht. Mitglieder der Lenkungsgruppe sind Vertreter:innen des zuständigen Fachdienstes der Landkreisverwaltung, der Stadtverwaltung Ludwigslust und der Polizei. Durch den regelmäßigen Austausch des Beirats mit diesen Personen sollen bestehende Strukturen im Kontext Integration und Teilhabe reflektiert und der Informationsfluss und Wissenstransfer gefördert werden.

Infobox 5

Aktivgruppe in Hagenow

Die Aktivgruppe entstand im Rahmen der Pilotphase des Programms Land.Zuhause.Zukunft. Ziel war es, die Voraussetzungen für die Entwicklung eines Integrations- und Teilhabekonzeptes zu schaffen. Dessen Grundlagen wurden in einem dezentralen Beteiligungsverfahren erarbeitet, um den regionalen Besonderheiten der Gemeinden Rechnung zu tragen. Nachdem die relevanten Themen im Rahmen von Vorgesprächen ermittelt worden waren, wurden diese an Runden Tischen vertieft diskutiert. Die Impulse aus den Runden Tischen wurden in sogenannten Aktivgruppen aufgegriffen und in den Regionen umgesetzt (Land.Zuhause.Zukunft 2021). Heute ist die Aktivgruppe ein fester Bestandteil der Integrationslandschaft in Hagenow.

„Die Aktivgruppe ist klasse, dafür bin ich auch sehr dankbar.“ (INT 1 | LUP)

Die Aktivgruppe Hagenow steht allen Interessierten offen. Zu ihren Mitgliedern zählen u.a. Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch Vertreter:innen verschiedener Institutionen. Die enge Zusammenarbeit im Rahmen der Aktivgruppe ermöglicht es, die diskutierten Themen in kommunale Entscheidungsprozesse einzubringen.

Herausforderungen und Potenziale bei der Beteiligung Zugewanderter

In Ludwigslust-Parchim gibt es sowohl auf Landkreis- als auch auf Gemeindeebene einige Ansätze zur Stärkung der Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte. Einzelne Formate sind fest etabliert und formalisiert. Niedrigschwellige direkte Beteiligungsangebote sind dagegen eher selten, doch gerade diese könnten durch konkrete Maßnahmen helfen, das bislang inaktive Partizipationspotenzial zu wecken.

Förderung von Mitbestimmung durch Verwaltung und Politik

Die Befragten betonten, dass es wichtig sei, aktiv den Kontakt zu Zugewanderten zu suchen und sie gezielt zu Veranstaltungen des Landkreises einzuladen. Die Zugewanderten hätten viele Ideen, bräuchten bei deren Umsetzung aber Unterstützung. Gleichzeitig wurden fehlende Befugnisse und geringe Handlungsspielräume aufseiten der Verwaltung kritisiert:

„Die Politik hat das Sagen, nicht die Verwaltung, die führt das aus, was die Politik beschließt.“ (INT 1 | LUP)

Die Aussage unterstreicht die Notwendigkeit, die Belange Zugewanderter an politische Entscheidungsträger:innen zu kommunizieren. Dabei bleibt jedoch unberücksichtigt, dass die Verwaltung z. B. durch die Organisation von Beteiligungsformaten (mit)entscheidet, wer zu welchen Themen angehört wird. Eine Anerkennung dieser Handlungsspielräume wäre erforderlich, um auch die Möglichkeiten zur Beteiligung zu erkennen.

Gleichzeitig verdeutlichten die Interviews mit Personen mit Migrationsgeschichte ein hohes Interesse an einer demokratischen Beteiligung:

„Ich möchte als Ausländer auch Entscheidungen treffen, die meine Region, meine Stadt betreffen. Zum Beispiel, wer der Bürgermeister meiner Stadt wird, wer der Gemeindevertreter meiner Stadt wird.“ (INT 2 | LUP)

Dem stünden neben dem fehlenden Wahlrecht derzeit insbesondere undurchsichtige Zuständigkeiten entgegen. Der Aufbau der Verwaltungslandschaft sei von außen schwer einzuordnen und die bestehenden Beratungsangebote noch nicht ausreichend, um vollständige Transparenz herzustellen.

Interkulturelle Öffnung und soziale Kontakte für wechselseitiges Verständnis

Die Befragten gaben an, dass Vorurteile und Missverständnisse in Verwaltung und Gesellschaft vermehrt thematisiert und die interkulturelle Öffnung vorangetrieben werden müsse. Eine befragte Person hob etwa positiv hervor, dass die Landkreisverwaltung Auszubildende mit Migrationsgeschichte eingestellt habe:

„Die Verwaltung hat das ganz toll gemacht, hat die Türen geöffnet für die Migranten, um in die Verwaltung selber reinzukommen. In anderen Bundesländern ist es schwieriger, in die Schule und Ausbildung zu kommen.“ (INT 2 | LUP)

Nicht nur die Öffnung der Verwaltung, sondern auch die der Gesellschaft wurden thematisiert. Mit Blick auf letztere äußerten Befragte den Eindruck, dass die *„Zusammenarbeit mit der deutschen Bevölkerung fehlt! Da tut sich die Bevölkerung schwer“* (INT 1 | LUP). Die Verwaltung sowie die Zivilgesellschaft könnten in dieser Hinsicht als Brückenbauer fungieren. Bestehende Ansätze wie die Dialogforen könnten Exklusionstendenzen bislang nicht vollständig beheben. Vielmehr sei es laut der Gesprächspartner:innen mit Migrationsgeschichte schwierig, ein Zugehörigkeitsgefühl gegenüber der Gesellschaft vor Ort aufzubauen, solange diese sie weiterhin als „fremde Leute“ wahrnehme. Potenziale für eine stärkere Beteiligung bergen die vorhandenen Vernetzungsstrukturen im Landkreis:

„Je mehr Kontakte da sind, umso mehr kann man sich beteiligen.“ (INT 1 | LUP)

Selbstorganisation für mehr Mitgestaltung

Da formelle Gremien eher selten sind, könnten Zusammenschlüsse von Zugewanderten eine wichtige Mittlerrolle übernehmen. Das Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte könnte durch Strukturen gestärkt werden, die die Voraussetzungen der zu beteiligenden Personen berücksichtigen und dazu beitragen, bestehende Benachteiligungen und Hürden (z. B. in Bezug auf deutsche Sprachkenntnisse und Kenntnis der deutschen Verwaltungslandschaft) abzubauen.

Dabei wird die geringe Besiedlungsdichte in Ludwigslust-Parchim als Hemmnis für die Selbstorganisation von Menschen mit Migrationsgeschichte wahrgenommen: Zum einen werde eine Community-Bildung dadurch erschwert, dass von einer „Gruppe“ (sei es gemäß ihrer nationalen Herkunft, ihres Alters oder anderer Dimensionen) nicht viele Vertreter:innen im Landkreis lebten, und dass ihre Wohnorte zum anderen sehr dezentral verteilt seien.¹⁰



¹⁰ Zu den Herausforderungen in Bezug auf Mobilität und Integration in ländlichen Räumen siehe Schammann et al. 2020.

Schwalm-Eder-Kreis

Kurzprofil

Der Schwalm-Eder-Kreis ist der zweitgrößte Landkreis in Hessen. Von den rund 180.000 Einwohner:innen haben 13.710 eine eigene Migrationsgeschichte (Statistisches Bundesamt – Destatis 2020, 42).

Integrationsbezogene Themen sind in der Kreisverwaltung überwiegend im Fachbereich Sozialverwaltung angesiedelt und auf vier Anlaufstellen verteilt: die Betreuungsstelle für Zuwanderer, die Bildungskoordination, das Ausländer- und Personenstandswesen sowie das WIR-Büro, das Teil des Förderprogramms „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration ist (SE 2021a, 2021b, 2021c).

Beteiligungsformen

Formalisierte Beteiligungsstrukturen gibt es auch im Schwalm-Eder-Kreis nur wenige. Dies soll jedoch nicht so bleiben: So hat die Stadt Schwalmstadt beschlossen, einen Integrationsbeirat einzurichten (Infobox 6).

Gleichzeitig wird dem Austausch zwischen politischen Entscheidungsträger:innen und Akteur:innen der Integrationsarbeit eine hohe Bedeutung für die Stärkung sozialer Teilhabe und (politischer) Beteiligung beigemessen. Die Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Gemeinden wird durch ein regelmäßiges Koordinierungstreffen der Hauptamtlichen und teilweise der Bürgermeister:innen verfestigt. Hinzu kommen Beteiligungs- und Austauschformate in einzelnen Gemeinden des Landkreises. Dazu gehört der seit 1993 bestehende „Arbeitskreis für Toleranz und Menschenwürde“ in Schwalmstadt. Er ist bei der Stadt angesiedelt und wird beispielsweise durch die Finanzierung im Rahmen eines eigenen Haushaltstitels unterstützt. Der Arbeitskreis ist ein Zusammenschluss von Ehrenamtlichen und steht allen Einwohner:innen offen (Arbeitskreis für Toleranz und Menschenwürde 2021). In Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen werden Angebote zur Unterstützung in alltäglichen Fragen entwickelt und durchgeführt. Dadurch soll die Teilnahme Geflüchteter an den gesellschaftlichen Systemen gestärkt und Transparenz über vorhandene Strukturen hergestellt werden. Der Arbeitskreis kann seine Themen und Ansichten durch die punktuelle Einbeziehung des Bürgermeisters auf politischer Ebene platzieren.

In den Kommunen gibt es Runde Tische sowie weitere Initiativen, die Zugewanderte in einzelne Prozesse mit einbeziehen. Dabei würden sich die Initiator:innen häufig eine aktivere Beteiligung vonseiten der Zugewanderten wünschen. Gleichzeitig verdeutlichen selbstorganisierte Formate wie die afrikanische Frauengruppe (Infobox 7) oder der Verein Indimaj e.V. (Infobox 8) das Engagementpotenzial der zugewanderten Menschen im Schwalm-Eder-Kreis.



Infobox 6

Gründung eines Integrationsbeirats in Schwalmstadt

Der Integrationsbeirat in Schwalmstadt befindet sich derzeit im Aufbau. Er soll die Interessen der Menschen mit Migrationsgeschichte vertreten und sie in kommunale Entscheidungsprozesse einbinden. Die öffentliche Ausschreibung zur Teilnahme soll sich insbesondere an Menschen mit Migrationsgeschichte richten. Hierfür ist eine Kontaktaufnahme beispielsweise per Post und durch vorhandene Vernetzungsstrukturen wie der „Aktivgruppe für Toleranz und Menschenwürde“ geplant. Sofern sich genug Interessierte melden, können die zehn bis 20 Mitglieder öffentlich benannt werden und ihre Arbeit aufnehmen. Vertreten sein sollen neben Personen mit Migrationsgeschichte auch politische Vertreter:innen aus Fraktionen und weitere Akteur:innen aus dem Themenbereich Integration.

Lernen will die Stadtvertretung aus dem in der Vergangenheit bestehenden Ausländerbeirat, der bis vor drei Jahren aktiv war und als „gut etabliert“ galt. Aufgrund von Neuwahlen, bei denen keine Interessierten zur Weiterführung des Beirats identifiziert werden konnten, wurde dieser jedoch ad acta gelegt – nach ca. 15-jährigem Bestehen.

Infobox 7

Afrikanische Frauengruppe

Die afrikanische Frauengruppe ist ein informeller Zusammenschluss von neun Frauen, die sich monatlich treffen. Initiatorin der Gruppe und Schlüsselfigur in der Kommune Homberg (Efze) ist eine aus Äthiopien zugewanderte Frau, die in der afrikanischen Community als Ansprechpartnerin für verschiedenste Fragen gilt: „Homberg ist eine kleine Stadt und jeder kennt mich“.

Sie informiert auch über vorhandene Strukturen und Prozesse im Landkreis und ermöglicht dadurch den teilnehmenden Frauen, ihre Belange selbstbestimmter einzubringen. Durch ihre Dolmetscherintätigkeit bei der öffentlichen Verwaltung und sozialen Einrichtungen kann sie ebenfalls zu einer besseren Arbeitsbeziehung zwischen Hauptamtlichen und den entsprechenden Frauen beitragen. Für die Zukunft wünscht sie sich, die informelle Gruppe in einen eingetragenen Verein umzuwandeln, um ihre Reichweite zu erhöhen und ihre Stimme zu stärken.

Infobox 8**Indimaj. Gesellschaft für Bildung & Soziales e.V.**

In der Kleinstadt Borken ist Indimaj, die Gesellschaft für Bildung & Soziales e.V., aktiv. Der Verein ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband sowie zertifizierter Bildungsträger der Arbeitsförderung (I.GBS 2021). Gegründet hat sich der interkulturelle Verein im Zuge der Fluchtzuwanderung 2015/2016. Er versteht sich als wichtiger Akteur mit Blick auf die Belange Zugewanderter:

„Migrantenorganisationen sind hier in der Pflicht. Wir können uns in ihre Lage versetzen, wir kennen die Hintergründe, wir kennen die Kultur.“ (INT 2 | SE)

In Kooperation mit verschiedenen Behörden, z. B. der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe, initiiert und begleitet der Verein verschiedene Projekte. Als Sprachkurssträger besteht eine Kooperation mit der Bildungskordinatorin der Landkreisverwaltung. In Erstorientierungskursen werden zudem Asylsuchende, die (noch) keinen Zugang zu Integrationskursen haben, begleitet (I.GBS 2021). Gerade für neu in Deutschland angekommene Menschen kann die Bereitstellung von Informationen über politische Strukturen und Prozesse dazu beitragen, dass sie autonom agieren und ihre eigenen Belange vertreten können.

Herausforderungen und Potenziale bei der Beteiligung Zugewanderter

Die Beteiligungsformate im Schwalm-Eder-Kreis unterscheiden sich im Grad ihrer Institutionalisierung und Verstetigung. Dabei werden auch Potenziale zur Weiterentwicklung deutlich.

Kontaktaufbau und Wertschätzung als Voraussetzung für Beteiligung

Die Befragten gaben an, dass es oftmals an Informationen über Interessenlagen fehle. Dies erschwere es Zugewanderten, sich der Gesellschaft vor Ort zugehörig zu fühlen.

„Für die ist es ja unglaublich schwer, sich hier wohlfühlen. Genauso schwer ist es für uns, sich in die Person hineinzusetzen, was wollen die, was denken die?“ (INT 4 | SE)

Fehlendes Wissen führe auch dazu, dass Menschen mit Migrationsgeschichte ungeachtet ihrer Heterogenität als eine Gruppe wahrgenommen würden. Dieser Gruppe würde wiederum eine gewisse Distanz zu nicht zugewanderten Menschen zugeschrieben. In diesem Zusammenhang fehle es seitens der Verwaltung an einer direkten Ansprache, die die Zugewanderten erreiche:

„Es muss eine Einladung ausgesprochen werden, die Menschen müssen überhaupt wissen, dass es sowas gibt; dass ihnen das offensteht.“ (INT 1 | SE)

Hierfür müsse in Verwaltung und Politik ein Bewusstsein darüber herrschen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte aktiver Bestandteil der lokalen Gesellschaft seien und in kommunale Prozesse einbezogen werden müssen – und zwar auf Basis ihrer unterschiedlichen Kompetenzen und Expertisen:

„[...] auch die individuellen Eigenschaften einer Person müssen berücksichtigt werden, Zugewanderter ist nicht gleich Zugewanderter!“ (INT 2 | SE)

Eine Beteiligung auf Augenhöhe erfordere auch, dass Akteur:innen aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft deutlich machen, warum ihnen die Belange Zugewanderter wichtig sind.

Selbstorganisation von Migrant:innen

Als Chance und Herausforderung zugleich wurde im Schwalm-Eder-Kreis die Vernetzung der Zugewanderten untereinander beschrieben. Die Befragten äußerten die Vermutung, dass zum einen durch die bestehende informelle Vernetzung nur ein geringes Bedürfnis bestehe, sich formell zu organisieren. Zum anderen erschwerten die niedrige Einwohnerzahl der Kommunen und die Nähe zu Kassel eigenständige Organisationen von Menschen mit Migrationsgeschichte. Ob das Bedürfnis zur Organisationsgründung tatsächlich gering ist oder ob der geringe Organisationsgrad eher auf fehlendes Wissen über vorhandene Möglichkeiten oder auf hinderliche Rahmenbedingungen zurückzuführen ist, lässt sich dabei auf Basis der Befragung nicht abschließend beantworten.

Das Beispiel des Indimaj e.V. zeigt jedoch auf, welches Potenzial in einer Vereinsgründung liegen kann: Die Zusammenarbeit in der Jugendarbeit und die Anerkennung als Sprachkursträger verdeutlichen, dass die formelle Struktur des eingetragenen Vereins weitere Formen der Zusammenarbeit ermöglichen und nachhaltige Vernetzungsstrukturen etablieren kann. Hiervon können sowohl die Organisationen als auch die Verwaltung profitieren, indem die jeweiligen Ressourcen – beispielsweise Finanzen, Personal und Expertise – bestmöglich genutzt werden. Um eine derartige Vernetzung zu etablieren, wäre die Verwaltung – zusammen mit der Kommunalpolitik – eine Ansprechpartnerin, die Strukturen und Prozesse einrichten und begleiten kann: *Die „Landkreisverwaltung muss Vorreiter sein, Politiker sind gefragt“ (INT 4 | SE).*



Zusammenfassende Analyse und Handlungs- empfehlungen

Politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte werden in ländlichen Räumen in vielen Facetten gelebt. Vor allem zivilgesellschaftliche Beteiligungsformen sind dabei für viele Menschen mit Migrationsgeschichte zentral, um ihre Interessen und Wünsche an Politik und Verwaltung zu kommunizieren und auf (Entscheidungs-)Prozesse einzuwirken. Die dieser Kurz-Expertise zugrunde gelegten Gespräche zeigen, dass kommunale Verwaltungen in ländlichen Räumen über vielfältige Ermöglichungs- und Aktivierungspotenziale in Bezug auf Beteiligung verfügen. Eine aktive Förderung seitens der Verwaltung, so ging aus den Gesprächen hervor, ist vielerorts eine Grundvoraussetzung für die Institutionalisierung und Wirksamkeit der Beteiligung von Zugewanderten. Zugleich muss die Verwaltung eine Vorbildrolle einnehmen, indem sie sich einem kritischen Reflexionsprozess unterzieht hinsichtlich der Frage, ob sie die politische Selbstwirksamkeit von Zugewanderten durch ihre vorhandenen Strukturen fördert oder beschränkt. Teil dieses Prozesses ist auch, dass sich die Verwaltung für Menschen mit Migrationsgeschichte (weiter) öffnet, deren Kompetenzen (an)erkennt und den Mehrwert von Diversität in die lokale Gesellschaft trägt.

Die Befragungen zeigen zudem, dass es über die vielerorts bereits etablierten Formate hinaus weitere Potenziale gibt, um Beteiligung vor Ort zu stärken. Zentrale Aufgaben, die es zu bewältigen gilt, liegen im Austausch zwischen Verwaltung und Zugewanderten, in der Einrichtung oder Stärkung von institutionalisierten Formaten sowie in der Überwindung kulturalisierender Zuschreibungen.

Insgesamt hat diese Kurz-Expertise gezeigt, dass ländliche Räume viel Potenzial für die Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte bergen. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass indirekte und alternative Beteiligungsformen ein fehlendes Wahlrecht nicht aufwiegen können. In Anbetracht bestehender rechtlicher Einschränkungen sind derartige Formate jedoch essenziell, um eine umfassendere Teilhabe zugewanderter Menschen, die über die Integration in gesellschaftliche Systeme hinausgehen, erreichen zu können. Einige zentrale Aspekte, die es dabei zu beachten gilt, werden in den folgenden Abschnitten erläutert. Daraus werden Handlungsempfehlungen abgeleitet, die dazu beitragen können, die Beteiligung von Zugewanderten in ländlichen Räumen zu fördern.



Formalisierte Gremien

In den elf befragten Landkreisen sind Integrationsbeiräte zwar noch rar, doch einige der Landkreise befinden sich bereits in der Konzeptionsphase. Die Entscheidung über Strukturen ist zentral für die spätere Wirkung eines Beirats: Ob ein Beirat gewählt oder berufen wird, kann Einfluss auf seinen Handlungsspielraum, seine Repräsentationsfunktion und seine Außenwirkung haben. Werden Menschen mit (und ggf. auch ohne) Migrationsgeschichte auf Basis ihrer Kompetenzen als Expert:innen in einen Beirat berufen, kann dies ihrer Position Gewicht gegenüber politischen Entscheidungsträger:innen verleihen. Ist der Beirat beispielsweise paritätisch mit Kreisrät:innen und sachkundigen Bürger:innen (mit Migrationsgeschichte) besetzt, kann er ähnlich wie andere Kreisausschüsse funktionieren. In diesem Fall kann er (leichter) bewirken, auch in anderen Ausschüssen und zu anderen Themen gehört zu werden und politische Mehrheiten zu gewinnen.

Ein gewählter Beirat kann andererseits sein Gewicht als demokratisch legitimierter Repräsentant seiner Wähler:innenschaft in Entscheidungsprozesse einbringen. Hierfür ist jedoch entscheidend, dass sich nicht nur ausreichend Kandidat:innen zur Verfügung stellen, sondern auch, dass sich eine hinreichende Zahl an Menschen mit Migrationsgeschichte an den Wahlen beteiligt.

EMPFEHLUNG 1

Gremien in vorhandene Strukturen einbetten

Auch in ländlichen Räumen sollten Migrations- bzw. Integrationsbeiräte zumindest auf Kreisebene etabliert werden. Bei der Einrichtung ist darauf zu achten, dass eine enge Kopplung mit dem Ausschusswesen des Kreistags erfolgt. Idealerweise erhält ein Beirat bzw. Ausschuss eine Entscheidungskompetenz über Haushaltsmittel. Bei einer voraussichtlich geringen Wahlbeteiligung kann auf ein Bewerbungsverfahren umgestellt werden. Übersteigt die Anzahl der Bewerbungen die festgelegte Mitgliederzahl des Beirats, könnten Mitglieder innerhalb einer Legislaturperiode rotieren.

Grundsätzlich sind die Potenziale eines Migrationsbeirats nicht mit der Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte erschöpft. Vielmehr kann ein Beirat als Brückenbauer zwischen Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung fungieren. Dies geht einher mit dem zunehmenden Bewusstsein vieler Kommunen, dass Integration und ländliche Entwicklung zusammengedacht werden müssen. Die Identifizierung von Themen, die für alle Einwohner:innen gleichermaßen von Interesse sind, wie Bildung oder Mobilität, kann helfen, Allianzen zu schmieden und Zugang zu bestehenden Netzwerken zu erhalten.

EMPFEHLUNG 2

Synergiepotenziale identifizieren und nutzen

Migrations- bzw. Integrationsbeiräte sollten auch gesamtgesellschaftliche Themen in ihrer Arbeit aufgreifen (können). Zugewanderte müssen allgemein als vollwertige Mitglieder der lokalen Gesellschaft wahrgenommen werden. Dementsprechend sollten Beiräte – beispielsweise durch die Bereitstellung von Protokollen oder Einladung zu Sitzungen – auch aktiv in kommunale Prozesse einbezogen werden, die Zugewanderte als lokale Einwohner:innen betreffen, ohne „migrations-spezifisch“ zu sein.

Informelle Plattformen und Netzwerke

Beteiligungsformate brauchen Menschen, die willens sind, ihre Zeit und Kompetenzen einzubringen. Integrations-Experten-Runden, Arbeitskreise oder Runde Tische, wie sie in vielen Landkreisen ins Leben gerufen wurden, profitieren von der Beteiligung Zugewanderter. Dennoch sind Menschen mit Migrationsgeschichte in vielen dieser Formate unterrepräsentiert. Oft fehlt es an konkreten Ideen, wie Zugewanderte erfolgreich angesprochen und einbezogen werden können.

EMPFEHLUNG 3

Austauschformate inklusiv planen und tatsächliche Wirkung ermöglichen

Damit Austauschformate auch als Beteiligungsplattformen funktionieren können, müssen sie bedarfsgerecht und inklusiv konzipiert sein. Eine offene Einladungspolitik reicht dabei nicht aus. Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte zur Beteiligung zu ermutigen, erfordert auch, dass ihrem Engagement tatsächliche, sichtbare Wirkungen folgen. Dies kann insbesondere dann gewährleistet werden, wenn auch politische Entscheidungsträger:innen unmittelbar in die Austausch- und Beteiligungsformate eingebunden werden.



Informationstransfer und Aktivierung

Die Befragungsergebnisse verdeutlichen einen hohen Bedarf an gegenseitiger Information. Es ist unerlässlich, dass Verwaltungsmitarbeitende Wissen über die tatsächlichen Bedarfe von Zugewanderten erwerben. Gleichzeitig können gut informierte Menschen mit (und ohne) Migrationsgeschichte aufgeklärte Entscheidungen darüber treffen, wann eine Beteiligung an konkreten Prozessen sinnvoll ist.

Der wechselseitige Austausch legt den Grundstein für eine aktive Beteiligung. Dazu müssen einige Vorbedingungen erfüllt sein, darunter die Identifikation von relevanten Kontaktpersonen sowie die Verfügbarkeit von Informationen in unterschiedlichen Sprachen. Zudem nannte ein Großteil der Befragten das Interesse politischer Entscheidungsträger:innen an einer erfolgreichen Integrationsarbeit als ausschlaggebenden Faktor für eine wirkungsvolle Beteiligung von Zugewanderten.

EMPFEHLUNG 4

Selbstwirksamkeit Zugewanderter stärken

Verlässliche Informationsvermittlung kann im Rahmen von Informationstagen zum Thema Beteiligung gelingen, beispielsweise in Flüchtlingsunterkünften, bei Migrant:innenorganisationen oder in Moscheegemeinden. Gleichzeitig können Verwaltungsmitarbeitende im Rahmen solcher Veranstaltungen Wissen über und Zugang zu Menschen mit Migrationsgeschichte in ihren Kommunen gewinnen.

EMPFEHLUNG 5

Beteiligungsangebote zielgruppengerecht kommunizieren

Um Menschen zur Beteiligung zu ermutigen, müssen zum einen die Personenkreise identifiziert werden, die für einen spezifischen Prozess relevant sind. Zum anderen sollten konkrete Maßnahmen ermittelt werden, die eine Beteiligung der identifizierten Zielgruppen fördern können. Dies könnte beispielsweise in Form eines Austauschs mit Beratungsstellen, Ehrenamtsinitiativen oder Migrant:innenorganisationen geschehen, die eine Vielzahl an Perspektiven einfangen.

Informationen über den Ablauf von Beteiligungsverfahren sollten dort zur Verfügung stehen, wo sich die Zielgruppen aufhalten oder in Kontakt mit anderen Personen und Institutionen treten. Eine niedrigschwellige und wertschätzende Ansprache sollte im Fokus stehen. Auch hierbei ist es wichtig, Zugewanderte als Expert:innen ihrer gesamten Lebenssituation anzusprechen und sie nicht auf das Merkmal „Migration“ zu reduzieren. Für die schnelle und unbürokratische Weitergabe von Informationen können vorhandene Vernetzungsstrukturen und Multiplikator:innen genutzt werden. Zugleich müssen seitens der Verwaltung konkrete Ansprechpersonen benannt und bekannt sein.

Rolle von Einzelpersonen

Das Engagement von Einzelpersonen ist ein zentraler Grundpfeiler erfolgreicher Beteiligung in ländlichen Räumen. So berichteten viele der Befragten, dass sich dieselben Menschen in unterschiedlichen Formaten beteiligen. Dies bringt Vor- und Nachteile mit sich: Einerseits werden dadurch Kontinuität und geringe Reibungsverluste bei der Weitergabe von Informationen gewährleistet. Außerdem würden ohne die Knotenfunktion einzelner freiwillig Engagierter und Verwaltungsmitarbeitenden die Netzwerk- und Beteiligungsstrukturen ins Wanken geraten.

Andererseits aber birgt eine solch herausragende Rolle weniger Individuen auch Risiken, wie z. B. ein Repräsentationsungleichgewicht gegenüber den Interessen anderer Gruppen. Für die Nachhaltigkeit von Beteiligungsstrukturen und Netzwerken ist es zudem zentral, Zuständigkeiten und Kompetenzen so zu verteilen, dass der Fortbestand vorhandener Netzwerke und Beteiligungsformate auch über einzelne Personen hinaus gewährleistet ist.

EMPFEHLUNG 6

Informationsfluss stärken und Ausfallrisiken minimieren

Kommunalverwaltungen sollten ebenso wie zivilgesellschaftliche Organisationen einen Fokus auf Ansätze des Wissensmanagements und der Informationsweitergabe legen. Darüber hinaus gilt es, Vertretungsregelungen zu etablieren, die in Urlaubs- oder Krankheitszeiten für Kontinuität sorgen.

Zudem muss gewährleistet sein, dass die Beteiligung besonders engagierter Einzelpersonen nicht dazu führt, dass andere Personen bzw. Gruppen ausgeschlossen werden, die schwerer erreichbar sind. Ein regelmäßiger Versand z. B. eines mehrsprachigen Newsletters kann hier ebenso erste Abhilfe schaffen wie Bedarfserhebungen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte mit dem Ziel, einen Überblick über Interessen, Schlüsselthemen und mögliche Ansprechpersonen zu gewinnen.

Migrant:innenorganisationen

Menschen mit Migrationsgeschichte vernetzen und mobilisieren sich in vielen Landkreisen selbst – insbesondere in informellen Zusammenschlüssen, zum Teil jedoch auch in formalisierten Vereinsstrukturen. Zwei Beispiele für etablierte Migrant:innenorganisationen begegneten uns im Rahmen der Gespräche für diese Kurz-Expertise. Bemerkenswert ist in beiden Fällen das Entwicklungspotenzial, das beiden Organisationen nach der Institutionalisierung als Verein offenstand: Sie können sich besser vernetzen, als Anlaufstelle für unterschiedliche Anliegen dienen und sich als Interessenvertretung ihrer Mitglieder positionieren. Dadurch werden sie auch von anderen Akteur:innen in den Kommunen stärker wahrgenommen. Dies kommt nicht nur den Mitgliedern der Organisation zugute, sondern hilft auch Verwaltungsmitarbeitenden sowie politischen Entscheidungsträger:innen bei der Identifikation von Ansprechpersonen.

EMPFEHLUNG 7

Migrant:innenorganisationen und informelle Initiativen als Multiplikatorinnen fördern

Kommunalverwaltungen sollten die Gründung von Migrant:innenorganisationen unterstützen, indem sie beispielsweise Beratungs- und Weiterbildungsangebote zur Verfügung stellen oder den Austausch mit bestehenden Organisationen sowie Dachverbänden stärken. Zudem können Projektfördermittel genutzt werden, um die Vernetzung und Mobilisierung von Zugewanderten zu fördern. In der Gründungsphase kann die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder Technologie helfen, eine anfängliche Ressourcenknappheit zu kompensieren. Eine aktive Einbindung bestehender Initiativen in kommunale Entscheidungsprozesse kann deren Einfluss stärken und zur weiteren Organisationsentwicklung anregen. Dabei ist es wichtig, auch informelle Initiativen sowie weniger sichtbare Gruppen einzubinden, um eine ausgewogene Repräsentation zu erreichen.

Paternalistische Strukturen und kulturalisierende Zuschreibungen

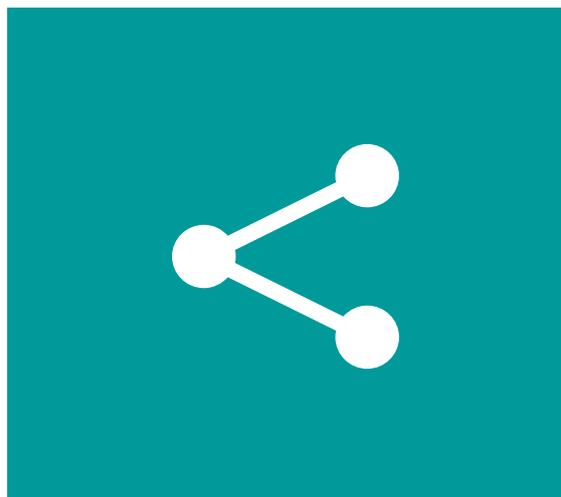
In einer Vielzahl der Gespräche nahmen ehrenamtlich Engagierte, Vertreter:innen von Wohlfahrtsverbänden und Verwaltung sowie teilweise Menschen mit Migrationsgeschichte selbst entmündigende oder kulturalisierende Zuschreibungen gegenüber Zugewanderten vor. Beispiele hierfür sind Aussagen, dass Zugewanderte „an die Hand genommen werden“, „Demokratie lernen“ oder zunächst „angeschubst“ werden müssten, um sich beteiligen zu können. Abgesehen davon, dass politische Vorerfahrungen und kulturelles Selbstverständnis im Integrations- und Neufindungsprozess nach der Ankunft in Deutschland durchaus eine Rolle spielen können, verfestigen solche generalisierenden Zuschreibungen paternalistische Strukturen und Denkmuster. Gleichzeitig resultiert dies in einer Spaltung in ein „alteingesessenes Wir“, dem ein „neu hinzugezogenes Die“ gegenübergestellt wird. Diese Dynamik kann das Zugehörigkeitsgefühl Zugewanderter zur lokalen Gesellschaft schwächen.

Eigene Vorurteile und Grundhaltungen kritisch zu reflektieren, ist daher unabdingbar, um einen wertschätzenden Austausch auf Augenhöhe zu ermöglichen. Ein solcher Reflexionsprozess sollte nicht nur auf individueller Ebene angeregt werden, sondern sowohl Verwaltungshandeln vorgeschaltet sein als auch Eingang in Entscheidungsprozesse zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen finden.

EMPFEHLUNG 8

Vorurteile reflektieren und die interkulturelle Öffnung vorantreiben

Konkret kann ein solcher Prozess in Form von Diversitätstrainings und Weiterbildungen im Bereich interkultureller Kompetenz gelingen. Hierbei kann eine frühzeitige Einbindung der Mitarbeitenden in die Konzeption von Workshops dazu führen, dass sie selbst Ownership hinsichtlich der Förderung von Diversität entwickeln, anstatt Weiterbildungen als reine Pflichtveranstaltungen zu absolvieren. Zugleich ist eine umfassend angelegte Strategie zur interkulturellen Öffnung von Verwaltung und Gesellschaft ein notwendiger Schritt, um den vielseitigen Potenzialen von Zugewanderten Rechnung zu tragen.



Literaturverzeichnis

Ager, Alastair; Strang, Alison (2008): Understanding Integration: A Conceptual Framework.
 In: Journal of Refugee Studies 21 (2), S. 166 – 191. DOI: 10.1093/jrs/fen016.

Arbeitskreis für Toleranz und Menschenwürde (2021): Über uns. Online verfügbar unter
<https://ak-toleranz-schwalmstadt.de/ueber-uns/>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Deutscher Landkreistag (Hg.) (2014): Interkulturelle Öffnung in der Landkreisverwaltung. Verein für Geschichte der Deutschen Landkreise e.V. Berlin (Schriften des Deutschen Landkreistages, 116). Online verfügbar unter
<https://www.landkreistag.de/images/stories/publikationen/bd-116.pdf>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Fliedner, Ortlieb (2019): Kommunen in Staat und Gesellschaft. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Politische Akademie, KommunalAkademie (Grundwissen Kommunalpolitik, 1).

Frank, Elena; Pardon, Beatrice; Vandamme, Ralf (2017): Politische Mitbestimmung.
 In: Informationen zu politischen Bildung, 19.10.2017 (333), S. 56 – 72. Online verfügbar unter
<https://www.bpb.de/izpb/257334/politische-mitbestimmung?p=all>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hg.) (2018): Handbuch Lokale Integrationspolitik.
 Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Glaab, Manuela (2016): Bürgerbeteiligung neu denken? Positionen in Politik und Zivilgesellschaft.
 In: Manuela Glaab (Hg.): Politik mit Bürgern – Politik für Bürger. Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 335 – 336.

Günther, Johanna; Schammann, Hannes; Heimann, Christiane; Younso, Christin (2021): Alles Gold, was glänzt? Fördermittel für die Integrationsarbeit in ländlichen Kreisen und Gemeinden. Hg. v. Robert Bosch Stiftung GmbH. Stuttgart. Online verfügbar unter https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2021-01/LandZuhauseZukunft_Kurzexpertise_F%C3%B6rdermittel_Integrationsarbeit.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Guill, Vera; Schneider, Jan; Tonassi, Timo; Wittlif, Alex (2020): Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie. Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Hg. v. Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH. Berlin. Online verfügbar unter https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2021/03/SVR-FB_Studie_Be-Part.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Hafeneger, Benno; Jansen, Mechthild M.; Niebling, Torsten (Hg.) (2005): Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren. Opladen: Budrich.

Holtkamp, Lars; Bogumil, Jörg (2007): Bürgerkommune und Local Governance.
 In: Lilian Schwalb und Heike Walk (Hg.): Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 231 – 250.

Hunger, Uwe; Candan, Menderes (2010): Die politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Wo stehen wir? Online verfügbar unter https://dev.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_hunger_candan_101015.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

I.GBS (2021): IGBS | Indimaj. Gesellschaft für Bildung & Soziales. Online verfügbar unter <https://www.i-gbs.de/>, zuletzt aktualisiert am 28.06.2021, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Integra e.V. (2020): Integra. Online verfügbar unter <http://www.integra-wittlich.de/>, zuletzt aktualisiert am 14.03.2020, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Kaase, Max (1995): Partizipation. In: Dieter Nohlen (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 521 – 527.

- Kleeberg, Bernhard; Langenohl, Andreas (2011): Kulturalisierung, Dekulturalisierung. In: Zeitschrift für Kulturphilosophie 2011 (2), S. 281 – 302. DOI: 10.28937/1000106587.
- Klenk, Tanja; Nullmeier, Frank (2004): Public Governance als Reformstrategie. 2. korrigierte Aufl. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung (Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Unternehmensmitbestimmung und Unternehmenssteuerung, 97). Online verfügbar unter https://www.boeckler.de/pdf/p_edition_hbs_97.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2021.
- Kordel, Stefan; Weidinger, Tobias (2020): Wechselwirkungen, Steuerungsmaßnahmen und Handlungsempfehlungen: Vielfalt von Zuwanderung und Entwicklung ländlicher Räume. Hg. v. Robert Bosch Stiftung GmbH. Stuttgart. Online verfügbar unter https://www.land-zuhause-zukunft.de/wp-content/uploads/2020/08/Kurzexpertise_Vielfalt_von_Zuwanderung-komprimiert.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2021.
- Kühn, Manfred; Münch, Sybille (2019): Zuwanderungspolitik – ein neues kommunales Aufgabenfeld? In: disP – The Planning Review 55 (3), S. 22 – 30. DOI: 10.1080/02513625.2019.1670984.
- Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Hg. v. Johann Heinrich. Thünen-Institut. Braunschweig (Thünen-Working-Paper, 68). Online verfügbar unter https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn057783.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2021.
- Land.Zuhause.Zukunft (2021): Pilotphase. Online verfügbar unter <https://www.land-zuhause-zukunft.de/de/pilotphase/>, zuletzt geprüft am 07.07.2021.
- Lipsky, Michael (2010): Street-level bureaucracy. Dilemmas of the individual in public services. 30th anniversary expanded edition. New York: Russell Sage Foundation.
- LUP (2021a): Fachdienst Gleichstellung, Generationen und Vielfalt. Online verfügbar unter <https://www.kreis-lup.de/Verwaltung/%C3%9Cber-uns/Wer-macht-was-Unser-Organigramm/Fachdienst-Gleichstellung-Generationen-und-Vielfalt/>, zuletzt geprüft am 21.08.2021.
- Möltgen-Sicking, Katrin (2019): Politische Partizipation und öffentliche Verwaltung in Deutschland – Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene und deren Bedeutung für die Verwaltung. In: Katrin Möltgen-Sicking, Henrique Ricardo Otten, Malte Schophaus und Soraya Vargas Córtes (Hg.): Öffentliche Verwaltung in Brasilien und Deutschland. Vergleichende Perspektiven und aktuelle Herausforderungen. Wiesbaden: Springer VS, S. 87 – 113. Online verfügbar unter https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-658-27550-1_5.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2021.
- Müssig, Stephanie (2020): Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Eine quantitativ-empirische Analyse. Wiesbaden: Springer VS.
- Roth, Roland. (2018): Integration durch politische Partizipation. In: Frank Gesemann und Roland Roth (Hg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 629 – 658.
- Schammann, Hannes; Bendel, Petra; Müller, Sandra; Ziegler, Franziska; Wittchen, Tobias (2020): Zwei Welten? Integrationspolitik in Stadt und Land. Hg. v. Robert Bosch Stiftung GmbH. Online verfügbar unter https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2020-07/Studie_ZWEI-WELTEN_Integrationspolitik.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2021.
- Schammann, Hannes; Gluns, Danielle (2021): Migrationspolitik. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Studienkurs Politikwissenschaft).
- Schammann, Hannes; Gluns, Danielle; Heimann, Christiane; Müller, Sandra; Wittchen, Tobias; Younso, Christin; Ziegler, Franziska (2021): Defining and transforming local migration policies: a conceptual approach backed by evidence from Germany. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, S. 1 – 19. DOI: 10.1080/1369183X.2021.1902792. Online verfügbar unter <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1369183X.2021.1902792>, zuletzt geprüft am 03.08.2021.

Schneider, Sebastian H. (2018): Bürgerhaushalte in Deutschland. Individuelle und kontextuelle Einflussfaktoren der Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

SE (2021a): 30.3 – Ausländer- und Personenstandswesen. Online verfügbar unter <https://www.schwalm-eder-kreis.de/Verwaltung/Organisationsplan.htm/Aemter/30-3-Auslaender-und-Personenstandswesen.html>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

SE (2021b): 50.6 – Betreuungsstelle für Zuwanderer / Krankenhilfe. Online verfügbar unter <https://www.schwalm-eder-kreis.de/Verwaltung/Organisationsplan.htm/Aemter/50-6-Betreuungsstelle-fuer-Zuwanderer-Krankenhilfe.html>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

SE (2021c): Kreisverwaltung. Online verfügbar unter <https://www.schwalm-eder-kreis.de/Jugend-und-Familie-und-Soziales/Projekte-des-Fachbereichs-Soziales/Asyl-Zuwanderung-und-Integration/Ansprechpartner-und-Koordination/WIR-Koordination.htm/Seiten/Kreisverwaltung.html>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Stadt Ludwigslust (2021): Nachrichten: Projekt Dialog und Teilhabe. Online verfügbar unter <https://www.stadtludwigslust.de/nachrichten/aktuelles/?n=75920537-2177-11ea-b54e-a1d153b34927>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2020): Bevölkerungsentwicklung der Kreise in Mecklenburg-Vorpommern (Faktoren der Bevölkerungsentwicklung). 01.01. – 30.09.2020 (vorläufige Ergebnisse). Hg. v. : Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin. Online verfügbar unter https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/MVHeft_derivate_00005084/A113K%202020%2043.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Statistisches Bundesamt – Destatis (2020): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Schutzsuchende. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/schutzsuchende-2010240197004.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

SVR (2019): Bewegte Zeiten: Rückblick auf die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Jahresgutachten 2019. Hg. v. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH. Berlin. Online verfügbar unter https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2019/05/SVR_Jahresgutachten_2019.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

SVR-Forschungsbereich (2019): Anerkannte Partner – unbekannte Größe? Migrant*innenorganisationen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Hg. v. Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH. Berlin. Online verfügbar unter https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2019/11/SVR-FB_Policy-Brief-Migrant*innenorganisationen.pdf, zuletzt geprüft am 01.07.2021.

Thränhardt, Dietrich (2017): Einbürgerung im Einwanderungsland Deutschland. Analysen und Empfehlungen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO Diskurs, 2017, 11).

Uslucan, Haci-Halil (2015): Oyunuzu kime verirsiniz? – Wen wählst du? Politische Partizipation von Zuwanderern. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte (10), S. 19–22. Online verfügbar unter https://www.frankfurter-hefte.de/media/Archiv/2015/Heft_10/PDF/2015-10_uslucan.pdf, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Vetter, Angelika; Remer-Bollow, Uwe (2017): Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS (Grundwissen Politik).

Walter, Andrea (2017): Administrative Governance. Kommunalverwaltung in lokaler Politikgestaltung mit Zivilgesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Weiss, Karin (2013): Migrant*innenorganisationen und Staat. Anerkennung, Zusammenarbeit, Förderung. In: Günther Schultze und Dietrich Thränhardt (Hg.): Migrant*innenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration. Tagungsdokumentation im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (Gesprächskreis Migration und Integration), S. 21 – 31.

WIL (2021a): Beirat für Migration und Integration. Online verfügbar unter <https://www.bernkastel-wittlich.de/politik/beiraete/beirat-fuer-migration-und-integration/>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

WIL (2021b): Bevölkerung nach Altersjahren. Hg. v. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz. Online verfügbar unter https://www.bernkastel-wittlich.de/fileadmin/Download/Wirtschaft_Tourismus/Wirtschaftsstandort/Zahlen_Daten_Fakten/Statistiken/2019/23_TAB.pdf, zuletzt aktualisiert am 31.12.2019, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

WIL (2021c): Datenkompass Bevölkerung und Gebiet, Haushalte und Familien. Hg. v. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz. Online verfügbar unter <https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/datenkompass/ergebnisse/datenblatt/bev/231.pdf>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

WIL (2021d): Flüchtlingshilfe. Online verfügbar unter <https://www.bernkastel-wittlich.de/kreisverwaltung/fachbereiche/wirtschaftsfoerderung-und-oeffentlichkeitsarbeit/fluechtlingshilfe/>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

WIL (2021e): Rats- und Bürgerinformationssystem. Online verfügbar unter https://bernkastel-wittlich.more-rubin1.de/gremien_pers.php?submenu=3&Kuerzel=Beirat-Mig&Bezeichnung=Beirat+f%FCr+Migration+und+Integration&entrygremien=0&sortgremien=Bezeichnung, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

WIL (2021f): Wahl des Beirats für Migration und Integration des Landkreises Bernkastel-Wittlich 2019. Online verfügbar unter <https://www.bernkastel-wittlich.de/kreisverwaltung/fachbereiche/kommunales-und-recht/wahlen/wahl-des-beirats-fuer-migration-und-integration-des-landkreises-bernkastel-wittlich-2019/>, zuletzt geprüft am 28.06.2021.

Wilmes, Bernhard (2018): Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Hg. v. bpb, Bundeszentrale für politische Bildung (Dossier Migration). Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/247685/politische-partizipation?p=all>, zuletzt geprüft am 01.07.2021.

Wüst, Andreas M.; Faas, Thorsten (2018): Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Impressum

Herausgegeben von der

Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31, 70184 Stuttgart
www.bosch-stiftung.de

Autorinnen*

Danielle Gluns
Julia Lisa Gramsch
Johanna Günther
(alle Forschungsgruppe Migrationspolitik, Universität Hildesheim)

Dank

Die Autorinnen danken allen interviewten und befragten Personen für ihre Zeit, ihr Vertrauen und die wertvollen Einblicke in ihre Arbeit. Großer Dank gebührt zudem all denjenigen Personen, die diese Kurz-Expertise durch ihr fachliches Feedback bereicherten. Zu nennen sind hier insbesondere Prof. Dr. Hannes Schammann (Universität Hildesheim), Dr. Marie Mualem Sultan (Sachverständigenrat für Integration und Migration), Dr. Nils Friedrichs (Sachverständigenrat für Integration und Migration), Gari Pavkovic (Stadt Stuttgart), Dr. Maja Pflüger (Robert Bosch Stiftung) und Lisa Veyhl (Robert Bosch Stiftung).

Lektorat

Wissenschaftslektorat Dr. Susanne Schuster, Lilienthal

Layout

siegel konzeption | gestaltung, www.jochen-siegel.de

Druck

LogoPrint, Metzingen

Copyright

Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten
2021

* Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen unterliegen der Verantwortung der Autorinnen und spiegeln nicht unbedingt die Standpunkte der Robert Bosch Stiftung wider.

Land.Zuhause.Zukunft – ein Programm der Robert Bosch Stiftung und der Universität Hildesheim

„Land.Zuhause.Zukunft – Integration und Teilhabe von Neuzuwanderern in ländlichen Räumen“ will erreichen, dass Neuzugewanderte ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft in ländlichen Räumen werden. Die aktive Gestaltung von Einwanderung ist eine Chance für Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, attraktive Bleibeperspektiven für Zugewanderte zu schaffen.



Ziel von Land.Zuhause.Zukunft ist es, ländliche Akteur:innen bei der Entwicklung innovativer Ansätze und Strategien in der Integrationspolitik zu unterstützen. Das Programm soll zudem die aktive Vernetzung aller teilnehmenden Kommunen untereinander sowie den Austausch über gute Praxis stärken. Darüber hinaus sollen politische Entscheidungsträger:innen auf Landes- und Bundesebene sowie kommunale Expert:innen für die Bedarfe, Herausforderungen und Ressourcen ländlicher Kommunen sensibilisiert werden. Das Programm will zudem erreichen, dass Neuzugewanderte in diesem Zusammenhang als wichtige Akteur:innen bei der Gestaltung einer offenen Integrationspolitik wahrgenommen werden und beteiligt sind.

www.land-zuhause-zukunft.de

Über die Forschungsgruppe Migrationspolitik an der Universität Hildesheim

Die Forschungsgruppe Migrationspolitik an der Universität Hildesheim befasst sich seit einigen Jahren mit der Gestaltung von Migration auf verschiedenen politischen Ebenen, mit einem besonderen Fokus auf migrationspolitischen Gestaltungsspielräumen von Städten, Gemeinden und Landkreisen. Sie verfügt über Netzwerke mit verschiedenen Akteur:innen aus der Praxis sowie über langjährige Kontakte zu verschiedenen Institutionen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Die Forschungs- und Transferstelle Migrationspolitik stellt dabei die Schnittstelle der Forschungsgruppe Migrationspolitik zwischen Wissenschaft und Praxis dar. Hier ist auch das Programmbüro von Land.Zuhause.Zukunft angesiedelt.

www.uni-hildesheim.de/migrationspolitik

Über die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung GmbH gehört zu den großen, unternehmensverbundenen Stiftungen in Europa. Sie arbeitet in den Fördergebieten Gesundheit, Bildung und Globale Fragen. Mit ihrer gemeinnützigen Tätigkeit trägt sie zur Entwicklung tragfähiger Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen bei. Dazu setzt sie eigene Projekte um, geht Allianzen mit Partner:innen ein und fördert Initiativen Dritter. Seit ihrer Gründung 1964 hat die Robert Bosch Stiftung rund 1,9 Milliarden Euro für ihre gemeinnützige Arbeit ausgegeben.

www.bosch-stiftung.de

www.bosch-stiftung.de

